Antifa-Nachrichten-Doku

#13 - Februar '96
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

Wir werden noch tanzen

wenn an euch schon keiner mehr denkt!

Hallo allerseits,

du hältst hier nun die „Was geht ab?“ Nummer 13 in deinen Händen und wir hoffen, daß du nicht abergläubig bist und ihr sie dir ohne größere Ängste zu Gemüte führen kannst. Tja, wie dir bestimmt schon aufgefallen ist, haben wir uns nun doch breitschlagen lassen und drucken unsere Zeitung auf Öko-Papier. Darum bitten wir dich zu bedenken, daß es nicht auf die äußeren, sondern auf die inneren Werte ankommt. Um aber die äußeren Werte nicht vollkommen außer acht zu lassen, päsentieren wir dir die Umschlagseite in schickem Halbglanz. Außerdem haben wir versucht, unser Layout noch lockiger und flockiger zu gestalten. Als Gegenleistung für unsere Bemühungen könntest du uns eigentlich ruhig noch ein paar mehr Artikel und Infos aus deiner Region zuschicken. Ansonsten, finden wir, ist es an der Zeit, endlich die „Was geht ab?“ zu abonieren. Falls du sie schon abboniert hast, solltest du deine FreundInnen ruhig dazu drängen deinem Beispiel zu folgen. Oder willst du, das sie hilflos in der Welt umher irren ohne zu wissen was abgeht.... ?
In diesem Sinne: LEBT UND LEST „WAS GEHT AB“

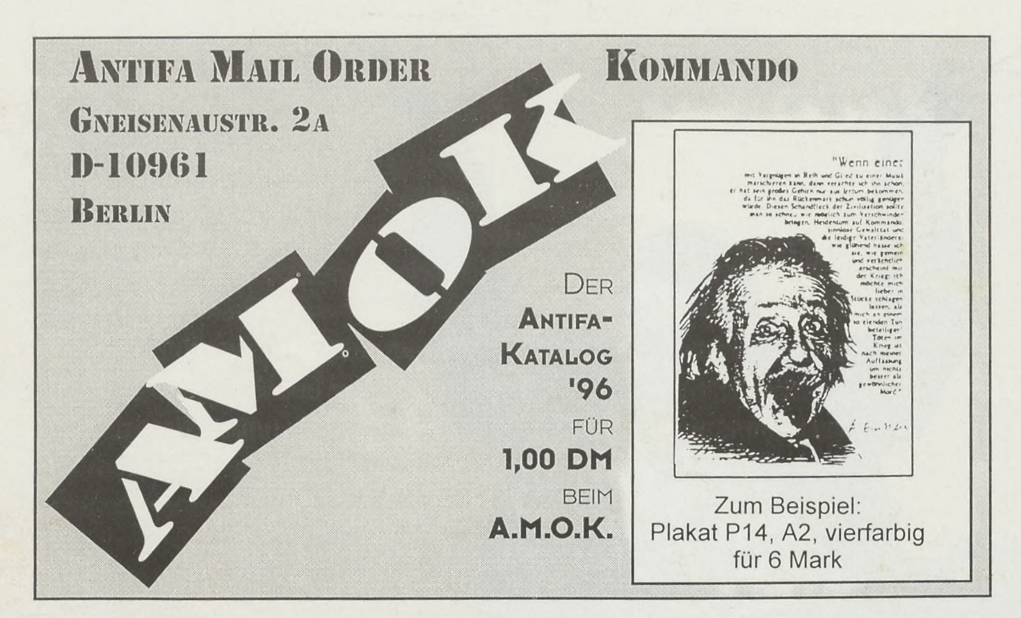
Eure Redax

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #13
Erscheinungsdatum:
1. Februar '96
3. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel: Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich
Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10



WGA-Coupon

13

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ○ **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - ○ **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
  - ○ **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
  - ○ **Archiv-Abo (#1-20) für 60 DM**
- ○ **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
  Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______
  für 3,00 DM pro Stück (erst ab 5 Stück pro Ausgabe)
  - ○ **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennwort "WGA"

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir zwar noch eine extra Benachrichtigung, aber trotzdem selber merken!

So funxioniert diese Zeitung:

Die ***Was geht ab?*** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International, Portrait, Neuerscheinungen** (diesmal nicht) sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/ Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Folgende **Quellen** *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

Alhambra Oldenburg
API = Antifa-Presse-Info
BB = Burschenschafts-Blätter
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
bnr = Blick nach Rechts
BS = Berliner Stimme
Bündnis gegen Rassismus Lübeck
BZ = Berliner (Springer-) Zeitung
DESG-Inform
EV = Europa Vorn
FR = Frankfurter Rundschau
Frente Leipzig
Grüne/Bündnis 90
JF = Junge Freiheit
JW = Junge Welt
Liberation
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NIT = Nationales Infotelefon
NTb = Naumburger Tageblatt
OZ = Ostsee-Zeitung
PT-intern
Stern
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
UZ = Unsere Zeitung
WGA = Eigener Bericht

INHALT:

LÖFFEL DES MONATS

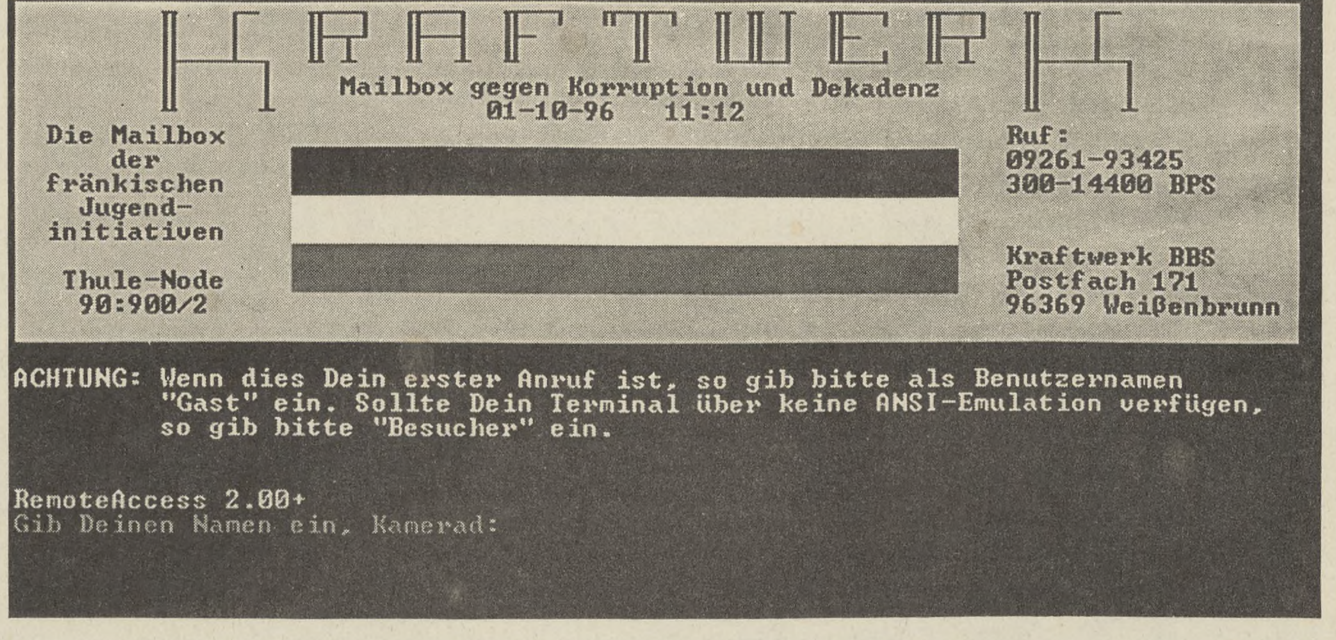
»Sehr geehrte Damen und Herren,
bitte notieren Sie folgende Adressänderung:
ALT: Zeitungs-Vertrieb Gebrüder Petermann
Kurfürstenstr. 111, 10787 Berlin
NEU: Landesamt für Verfassungsschutz
Auf dem Grat 2, 14195 Berlin«

»Bezugnehmend auf unser Schreiben vom 19.12.95 müssen wir die an Sie gemeldete Anschriftenänderung für unseren Kunden Landesamt für Verfassungsschutz wieder zurücknehmen, da unser Kunde nur eine Belieferung durch unser Haus wünscht. Bitte stellen Sie so schnell wie möglich die Lieferung wieder um.«

Zwei Briefe vom 19.12.95 und 16.1.96 an das "Antifa Jugendinfo".
Absender: Gebrüder Petermann (Adresse siehe oben)

Nazis im Internet

JW 11./18.1.96 - In acht funktionstüchtigen Mailboxen des rechtsextremistischen ***Thule-Netzes*** können sich „national gesinnte Bürger" mit Gleich(national)gesinnten austauschen. Dort findet man Diskussionsrunden, wie das Diskussionsforum „Geschichtsbewältigung", wo der Holocaust relativiert oder geleugnet wird. Wer allerdings strafbares schreibt, wird von den Betreibern abgeklemmt. Die Nazis möchten Polizei und Justiz keinen Vorwand geben, gegen den Mailbox-Verbund vorzugehen. In dem angeblich unknackbaren Programm „Pretty Good Privaci", an dem sich bisher Polizei und Geheimdienste die Zähne ausbeißen, laufen die Informationen schneller und vor allem sicherer als je zuvor. Der ehemalige Anarchist **Reinhold Oberlercher** vermittelt auch Schulungen und organisiert Treffen von Neonazis und rechtsextremistischen Funktionären. **Steffen Hupka** vertreibt sein Schulungsblättchen ***Umbruch*** über das Netz und ein Rechtsextremist mit dem Thule-Pseudonym **Eulenspiegel** aus Rudolstadt - vermutlich **Tino Brandt** - organisiert die rechte Szene in Süd-Thüringen. Die ***Jungen Nationaldemokraten*** verbreiten unter dem Namen „Neue Rechte" weiterhin den alten rassistischen Müll von einer völkischen Konzeption des Staates. Auch wird das Netz von gewissen Gruppen gern als „Schwarzes Brett" benutzt, wie zum Beuispiel von einigen ostdeutschen „Verrätern" (Nazi-Bezeichnung), die zum Kampf für einen „nationalen Kommunismus" aufrufen. Das us-amerikanische ***Simon-Wiesenthal-Center*** rief unterdessen in einer Reihe von Briefen an die Internet-Betreiber dazu auf, den Nazis kein Forum für Haßbotschaften gegen Schwarze, Juden und Ausländer sowie Anleitungen zum Bombenbau zu geben. Rabbi **Abraham Cooper** vom Zentrum in Los Angeles warnte davor, die Nazis zu unterschätzen. Täglich stießen rund 50.000 Menschen im Internet auf die Parolen antisemitischer Gruppen.



Massen-Abschiebungen nach Bosnien

Taz 12.1.96 - Der Fahrplan für Massenabschiebungen nach Bosnien steht. Eine Arbeitsgruppe der Innenministerien von Bund und Ländern hat sich am 10. Januar '96 darauf geeinigt, mit der zwangsweisen Rückführung am 1. Juli '96 zu beginnen. Drei Stufen sind danach geplant. Als erstes sieht das Abschiebekonzept „aufenthaltsbeendende Maßnahmen" für die 120.000 Frauen und Männer aus Bosnien vor, die ohne Kinder in die Bundesrepublik geflohen sind. Spätestens bis zum 30. Juni 1997, also innerhalb eines Jahres, sollen sie das Land verlassen. Ab dem 1. Juli '97 sollen dann Familien mit minderjährigen Kindern, das sind beinahe 200.000 Flüchtlinge, „zurückgeführt" werden. Nur ein kleiner Teil der 320.000 bosnischen Flüchtlinge darf über den 1. Juli 1998 hinaus bleiben: So sollen SchülerInnen oder Auszubildende, die kurz vor ihrer Abschlußprüfung stehen, ihre Ausbildung noch beenden dürfen. Es gibt auch Überlegungen, Minderjährige, die allein in die Bundesrepublik geflohen sind und deren Elten unauffindbar sind, zunächst von der Regelung auszunehmen. Außerdem soll durch Vergewaltigung oder Folter traumatisierten BosnierInnen gestattet werden, ihre ärztliche Behandlung abzuschließen. Voraussetzung dafür sei allerdings eine amtsärztliche Begutachtung. Dieses nun vorgelegte Konzept soll noch am 26. Januar - also nach unserem Redaktionsschluß - auf der Innenministerkonferenz verabschiedet werden.

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #14 ist der
20. Februar '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Keine deutsch-tschechische Aussöhnung

Taz 11.1.96 - Eine Verhinderungsgemeinschaft von CSU und Vertriebenenverbänden droht die vorläufig letzte Chance einer Verständigung mit der Tschechischen Republik zu torpedieren. Politiker aus Bonn und Prag verhandeln gegenwärtig über eine gemeinsame Erklärung beider Parlamente und eine gemeinsame Stiftung, aus der tschechische NS-Opfer und Härtefallschicksale von Vertriebenen entschädigt werden. Doch die Chancen einer Einigung der Unterhändler vor den im Frühjahr in Prag anstehenden Wahlen sind sehr gering. Damit wäre die Chance einer Verständigung der Nachbarstaaten über ihre gemeinsame Vergangenheit vertan. Die tschechische Seite fordert einen Verzicht auf alte Eigentumsansprüche der Vertriebenen. Obwohl deren materielle Forderungen somit nicht durchzusetzen sind, hat Bonn seine eigene Bereitschaft zur Entschädigung der NS-Opfer immer wieder an diese Forderung gekoppelt. Prag soll sich zudem in der gemeinsamen Erklärung von den Vertriebenenbestimmungen der „Benes-Dekrete" und dem Amnestiegesetz der Nachkriegs-Tschechoslowakei distanzieren. Je näher aber die tschechischen Wahlen rücken, umso unwahrscheinlicher wird ein solcher in Prag innenpolitisch höchst umstrittener Schritt. Die ***Sudetendeutsche Landsmannschaft*** verlangte von Außenminister Kinkel, die Idee einer gemeinsamen Erklärung vor den Wahlen fallenzulassen. Auch ***CSU***-Politiker haben sich diese Forderung zu eigen gemacht. Der ehemalige tschechische Ministerpräsident **Petr Pithart** warf der deutschen Regierung vor, sie habe den Unterschied zwischen der offiziellen deutschen Forderungen und denen der Sudetendeutschen in der tschechischen Öffentlichkeit bis heute nicht klargestellt. Als ein Haupthindernis der Verständigung nannte der Ex-Bürgerrechtler das Bonner Versäumnis, die tschechischen NS-Opfer nicht schon lange entschädigt zu haben - unabhängig von der jetzigen Vereinbarung.

Protest gegen Journalisten-Abschiebung

FR 15.1.96 - Der ***Deutsche Journalistenverband (DJV)*** hat gegen die geplante Abschiebung des 26jährigen algerischen Bildjournalisten **Aman Benamar** protestiert. Nach Angaben des DJV soll Benamar, der in seinem Heimatland von einer islamfundamentalistischen Terrorgruppe mit dem Tod bedroht wird, in den kommenden Wochen abgeschoben werden. Als zynisch bezeichnen der DJV und der Anwalt Benamars die Begründung für die Ablehnung des Asylantrags. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Düsseldorf habe Benamar keinen Asylgrund, weil er in Algerien nicht vom Staat bedroht werde. Mit dieser Entscheidung werde verkannt, daß in Algerien ein Bürgerkrieg herrsche. Allein im vergangenen Jahr seien in Algerien rund zwei Dutzende Journalisten vermutlich von Islam-Fundamentalisten ermordet worden. Auch Benamar habe eine Todesdrohung erhalten, nachdem er Fotos von einer gewaltsamen Aktion der islamischen Gruppe ***GIA*** gemacht hatte. Daraufhin habe er 1994 seine Heimat verlassen und in der Bundesrepublik Asyl beantragt.

Offene Grenzen - Offene Menschen

Unter diesem Motto soll vom Mai bis Oktober 1996 eine Kampagne vor allem in Ostdeutschland und Bayern laufen. Ziel der Kampagne ist es, die Grenze für Flüchtlinge durchlässiger zu machen. Die Kampagne will eine offenere Grenze zu Tschechien und Polen erreichen, um die Abschottung der Festung Europa aufzuweichen. Sie richtet sich zum Beispiel gegen die massiven Grenzkontrollen, da durch diese bereits Dutzende von Menschen ums Leben kamen. Ein anderer Schwerpunkt ist die Aufklärung der grenznahen Bevölkerung, da immer noch viele Flüchtlinge, die die Grenze bereits überwunden haben, von BürgerInnen erwischt und beim Bundesgrenzschutz denunziert werden. Die Folge davon ist meist Abschiebung am folgenden Tag. Ziel der Kampagne soll es deshalb sein, in grenznahen Gebieten durch Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung, vielfältige Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit ein Klima zu schaffen, in dem Flüchtlinge nicht mehr an den BGS verraten werden und wo statt dessen der Gedanke der Solidarität in den Köpfen der Bevölkerung dominiert. Illegale sollen dort die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. An der Kampagne können sich sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen daran beteiligen. Dabei ist die Aktionsform völlig unerheblich, solange es den Inhalten der Kampagne nicht entgegensteht. Möglichkeiten zum Handeln gibt es viele, sei es durch eigene Flugblätter, Protestaktionen vor Asylbehörden, BGS-Einrichtungen oder sonstwas. Wer mehr über die Kampagne erfahren will, wer sich in irgendeiner Form an der Kampagne beteiligen will oder wem zu dem Thema selbst noch andere Sachen einfällt, sollte sich schnell melden! Es geht nicht nur um antirassistische Gruppen, sondern auch einzelne Personen sollen mit in die Kampagne eingebunden werden! Die Kontaktadresse ist: Offene Grenzen - Offene Menschen, c/o Edelweiß-Piraten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Fleissner steigt aus

JW 5.1., NE 1/96 - Der rechte Verleger **Herbert Fleissner**, seit den fünfziger Jahren Herausgeber von rechtsradikalen Büchern, steigt aus dem ***Ullstein-Verlag*** aus. Seit 1984 war er dessen Geschäftsführer. Fleissners Verlage verlegen den Hauptteil der rechtextremen Bücherszene die Autoren reichen von **Franz Schönhuber** über **Jörg Haider** bis zum Auschwitz-Leugner **David Irving** zu den Lektoren gehört auch der Neu-Rechte **Rainer Zitelmann**. Seit den 50iger Jahren hat der 1928 geborene Fleissner einen Verlag nach den anderen erworben, wieder abgestoßen und ist zahlreiche Kooperationen eingegangen. Früh hat er die Vertriebenen als finanziell lukrativen Kundenstamm entdeckt und sich in Verlage mit Vertriebenengazetten eingekauft. Gleichzeitig bot er NS-Dichtern, die nach 1945 verständlicherweise ohne Verträge dastanden, eine verlegerische Heimat. So druckte er z.B. den vom NS-Regime preisgekrönten Autor **Wilhelm Pleyer** oder auch **Gerhard Schumann**, einen hohen NS-Literaturfunktionär ab. (siehe WGA #2,3.) Durch Anzeigen finanziert er rechtsradikale Zeitschriften wie ***Nation & Europa*** oder die ***Junge Freiheit***. 1989 wurde Fleissner mit dem österreichichen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Die Berliner Buchverlage, insbesondere Ullstein, werden nun hauptsächlich von Springer fortgeführt, während Fleissner die übrigen Verlage der Gruppe unter seinen Fittichen behält. Diese Verlagstrennung ist ihm nur von nutzen, denn erst kürzlich war er daran gehindert worden, das neueste Schönhuber-Buch „In Acht und Bann" (jetzt VGB Berg) zu verlegen. Jetzt wieder unabhängig, kann er fortsetzen, was er schon seit Jahren tut: Rechtexremisten helfen ihre Propaganda unters Volk zu bringen.

Neuer Burschenschafts-Verband

BB #4/95, FR 15.1.96 - Die ***Deutsche Burschenschaft (DB)*** lud ihre Mitglieder zur Fortsetzung des Burschentages 1995 bzw. dem außerordentlichen Burschentag '96 am 5. und 6. Januar '96 nach Teltow. Die DB ist ein Dachverband von Burschenschaften und „Schlagenden Verbindungen". Einige der Burschenschaften, wie die ***Germania Hamburg***, werden vom Verfassungsschutz als eindeutig rechtsextremistisch eingestuft. Die Tagesordnungspunkte waren die Wahl einer Vorsitzenden Burschenschaft für die Deutsche Burschenschaft für's Geschäftsjahr 1996/97 und die Wahl des Vorstandes der „Burschenschaftlichen Stiftung für Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa", ansonsten gab es diverse Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen. Nur eine Woche später hat die Deutsche Burschenschaft jedoch Konkurenz bekommen: In Hannover haben sich am 13./14. Januar '96 acht Studentenverbindungen, die früher der DB angehörten, zur ***Neuen Deutschen Burschenschaft (NDB)*** zusammengeschlossen, um die „liberalen und demokratischen urburschenschaftlichen Traditionen" stärker zu pflegen, wie ihr Sprecher **Carsten Zehm** aus Hannover erklärte. Vor allem wollten sie sich nicht auf extremen Nationalismus und Militarismus verpflichten lassen. Zehms eigene „Verbindung", die ***Alt-Germania*** aus Hannover, war 1995 aus der DB ausgeschlossen worden, weil sie Zivildienstleistende aufgenommen hatte. Der alte Dachverband sah darin einen Verstoß gegen das Prinzip der Wehrhaftigkeit. Andere Verbindungen gerieten wegen der Aufnahme von Ausländern in Konflikte mit der DB. Solche Erfahrungen veranlaßten die Alt-Germania Hannover, die ***Arminia*** (Marburg), die ***Brunsviga*** (Göttingen), die ***Bubenruthia*** (Erlangen), die ***Markomannia*** (Kaiserslautern), die ***Obotritia*** (Berlin), die ***Teutonia*** (Hannover) und die ***Ulmia*** aus Stuttgart zur Gründung des neuen Dachverbands. Rund 20 weitere Korporationen entsandten Beobachter zum ersten „Burschentag" der NDB. Der DB gehören etwa 140 Verbindungen mit rund 20.000 „Aktiven" und „Alten Herren" an. Ihr Organisationsgebiet umfaßt auch Österreich. In manchen DB-Verbindungen wird der Gedanke an eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches verfolgt. Die acht NDB-Verbindungen zählen nach eigenen Angaben über 300 Aktive und 1.900 „Alte Herren". Zehm, Student der Sozialwissenschaften, nannte es ein zentrales politischen Anliegen des neuen Dachverbands, den „Vaterlandsgedanken neu zu interpretieren", ohne nationalistische Überheblichkeit. Zum Vaterland gehöre Österreich ebensowenig wie Ostpreußen. Ein wichtiges Thema werde in der NDB die Einigung Europas sein. Zehm erklärte, daß er innerhalb der DB eine Radikalisierung befürchtet. Ob Ausländer in den im neuen Verband organisierten Verbindungen Mitglied sein dürfen, wird nicht mehr vorgeschrieben. Frauen ist jedoch auch weiterhin der Zugang verwehrt.

Asylzahlen in Deutschland blieben konstant

Taz 10.1.96 - In der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr 1995 knapp 128.000 Flüchtlinge politisches Asyl beantragt. Mit 127.937 registrierten Asyl-bewerberInnen wurde die Zahl von 1994 (damals 127.210) nur geringfügig überschritten. Fast 33.000 AntragstellerInnen kamen aus den Staaten Ex-Jugoslawiens, die Zahl der Flüchtlinge aus der Türkei erreichte mit über 25.000 den höchsten Stand seit 1992. Die Anerkennungsquote betrug im Jahresdurchschnitt lediglich neun Prozent.

Rieger will Bauer werden

JW 21.12.95, WGA - Wie bereits seit längerem bekannt ist hat sich der 49jährige Anwalt und hochrangige Nazikader **Jürger Rieger** im schwedischen Sveeby einen Gutshof gekauft. Auf dem etwa 700 Hektar großen Gelände, bewachsen mit Wald & Flur steht Riegers Haus, neben dem er ein „Selbsversorgungsdorf" errichten möchte - am liebsten *„...unbeeinflußt durch Umerziehung und Überfremdung"*. Rieger wollte den Esoterikerinnen, Heilpraktikerinnen und Yoga-Lehrerinnen **Barbara Simonsohn**, **Ulrike Spielvogel** und **Theda Ites** Platz für gleichberufliche Seminare geben; Ites ist die ehemalige Lebensgefährtin Riegers. Es wurde in einschlägigen Zeitschriften (so zum Beispiel das Esoterikheft ***Körper, Geist & Seele***) unter anderem für „Darmreinigung, basenreicher Heilkost, Bauch- und Gewebemassagen sowie für Atem- und Bewegungsübungen" geworben, wobei der Preis pro TeilnehmerIn 1.700 DM betragen sollte. Trägerin dieser Seminare war ein ***Gesundheitskreis Lernen-Vorbeugen-Heilen e.V.*** und Anmeldungen für Seminare mußten die InterressentInnen an Theda Ites senden. Barbara Simonsohn (prominierte Reiki-Meisterin und Esoterik-Autorin) ist Rieger ebenso wie Ites persönlich bekannt und auch Frau Spielvogel wußte, daß Rieger Eigentümer des Grundstükkes ist. Die Frauen, außer Theda Ites, verwarfen jedoch ihre Pläne, nachdem Sie mittels antifaschistischen Fleyers „offiziell" auf die Nazi-Aktivitäten Riegers aufmerksam gemacht wurden. Nach Angaben von Ites habe jedoch Jürgen Rieger mit den Seminaren nichts zu tun. Sowieso hätte er nach dem Überfall auf ihn seine (nun zerbrochene) Nase gestrichen voll. Das neueste aus Schweden ist nun, daß Rieger zukünftig im Stand der Bauern verweilen will - er kündigte an, sich ganz der „biologisch-dynamischen Landwirtschaft" zu widmen!

Widerstand gegen Rentenzahlung für Juden

BM 18.1.96 - Der Streit um die Rentenzahlungen an rund 35.000 dem deutschen Sprach- und Kulturkreis zugerechneten Juden und Jüdinnen aus Osteuropa, die mittlerweile in den USA und in Israel leben, geht trotz einer Einigung der Bundestagsfraktion von ***CDU*** und ***CSU*** und der Zustimmung des Bundesausschusses für Arbeit und Sozialordnung weiter. Der CDU-Sozialexperte **Julius Louven** nannte es angesichts der Debatte um eine Entlastung der Sozialversicherungssysteme unverantwortlich, die Rentenversicherung erneut mit dieser versicherungsfremden Leistung zu belasten. Der CDU-MdB **Volker Kauder** unterstützte Louven. Er betonte, daß er ausschließlich die Finanzierung, nicht aber die Renten an sich in Frage stellen möchte.

Antisemitischer Richter auf Deutschland-Tour

JW 11.1.96 - *„Weltkapitalismus - Diktatur der Weltgeschichte"*, so das Thema, über das der Österreicher **Peter Kurt Weiss**, Rechtsextremist und Vorsitzender der Gruppe ***Bürgerschutz Österreich (BSÖ)***, referiert. In „schonungsloser Weise" will der einstige ***FPÖ***-Funktionär und Laienrichter des Salzburger Landgerichts auf seiner jetzt stattfindenden Deutschlandtour den *„wahren Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft - kurzum jenen, die als überstaatliche Mächte und wirkliche Drahtzieher die Welt regieren"*, aufzeigen. Zum Unkostenbeitrag von satten 20 Mark bekommen seine ZuhörerInnen in Stuttgart, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Leipzig, München oder Berlin auch den *„Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftslage"* und jene Maßnahmen erklärt, *„die jeder wissen muß, um sein Geld im Falle des kommenden Staatsbankrotts zu retten"*. Nicht zufällig wirbt ein gewisser **Albert Lämmel** im ***NPD***-Organ ***Deutsche Stimme*** für die Veranstaltungsreihe des Österreichers. Der in rechtsextremen Kreisen wohlbekannte Lämmel, der sich selbst als „konservativen rebellierenden Schriftsteller" bezeichnet, ist seit Jahren der Kopf des ***Arbeitskreises Demokratisches Geld-, Steuer-, Bodenrecht***, der den Zins als das Grundübel der Welt einstuft. Nebenbei publiziert der im badischen Rastatt Wohnende in neonazistischen Schriften wie ***Neue Werte*** und ***Patriot***. Damit hat auch sein Referent Weiss Erfahrung. Dessen „Bürgerschutz Österreich" gibt eine gleichnamige Zeitschrift heraus, deren verschwörungspolitische Aussagen nahezu alles bisher Dagewesene übertreffen. Gewarnt wird vor einer *„freimaurerischen Illuminatenbande im Dunstkreis der international-sozialistischen Hochfinanz"*, die im *„wesentlichen das ganze 20. Jahrhundert bestimmt"*.

Rassistische Polizeiübergriffe

SZ 18.1.96 - Im Oktober '94 wurde bei der Polizeiakademie Münster-Hiltrup von den Innenministern eine interne Studie über rassistische Übergriffe bei der Polizei in Auftrag gegeben. Nach einem Bericht des Südwestfunks soll diese Studie nun schon seit über einem halben Jahr vorliegen - aber unter Verschluß gehalten werden. Der Sender zitiert aus dem Ergebnis der Studie, daß Übergriffe der Polizei gegen AusländerInnen keine bloßen Einzelfälle sind, Selbstjustiz der Beamten sind keine Ausnahme. Besonders scharf wird in dem Papier die Polizeiführung kritisiert, weil sie falsche Personalentscheidungen trifft. Korpsgeist und Gruppendruck verhindern, daß Übergriffe gegen AusländerInnen aufgedeckt werden. **Hermann Lutz**, der Vorsitzende der ***Gewerkschaft der Polizei (GdP)*** nahm die rassistischen Beamten daraufhin in Schutz, indem er ihre Beweggründe rechtfertigte: *„...daß auch ein Polizist menschlich ist und dann ganz einfach das Recht mißbraucht, seine Rechtsposition mißbraucht und dann durchaus auch zur Selbstjustiz neigt"*. Die Erklärung, was an rassistischen Übergriffen menschlich sein soll, blieb er allerdings schuldig.

Situation illegaler Flüchtlinge

Interview mit Matthias Lange, Sprecher des niedersächsischen Flüchtlingsrates

JW 23.12.95 - *Frage: Wieviele Ausländer und Ausländerinnen leben illegal in Deutschland?*

M. Lange: Mehrere hunderttausend, wahrscheinlich mehr als eine halbe Million.

Wer sind diese Illegalen?

Ich würde von Illegalisierten sprechen, nicht von Illegalen, denn sie sind erst durch die restriktive Ausländerpolitik und das Handeln der Behörden in die Illegalität getrieben worden. Es sind abgelehnte Asylbewerber, nicht mehr geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR, Touristen, deren Visum abgelaufen ist, Familienangehörige, die kein Nachzugsrecht erhalten. Keine homogene Gruppe also.

Der 'Spiegel' hat das Thema Anfang Dezember zu einer Titelgeschichte gemacht. Tenor: Illegalität gleich Kriminalität. Wie wollen die Flüchtlingsinitiativen dieser Kampagne begegnen?

Zunächst durch sachliche Informationen. Obwohl es anders nachvollziehbar wäre, rutscht tatsächlich nur ein kleiner Teil der Illegalisierten in die Kriminalität ab. Die meisten von ihnen verhalten sich unauffällig, um nur ja nicht entdeckt und abgeschoben zu werden. Schwarzfahren und so ist da nicht. Und wir müssen klarmachen, daß die deutsche Ausländerpolitik dafür verantwortlich ist, daß immer mehr Menschen in die Illegalität abtauchen. Es verzichtet doch niemand freiwillig auf einen rechtlichen Aufenthaltsstatus. Die Folge der Illegalität ist jedenfalls in der Regel nicht Kriminalität, sondern extreme soziale Ausbeutung.

Inwiefern?

Weil viele mittlere und kleine Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, Gartenbaubetriebe usw. mit den Illegalisierten hohe Profite machen können. Sie erhalten Hungerlöhne, keinerlei Versicherungsschutz, können sofort gefeuert werden. Das ist teilweise richtige Sklavenarbeit.

Sollten die Illegalisierten besser gar nicht beschäftigt werden?

Wir kritisieren diese extreme Ausbeutung, praktisch gibt es für die Betroffenen aber kaum andere Möglichkeiten, wenigstens ein bißchen Geld zu verdienen. Wir fordern konkret, daß Arbeitgeber, die von so billiger Arbeitskraft profitieren, bei der Aufdeckung des Beschäftigungsverhältnisses nicht nur ein Bußgeld, sondern auch eine Abfindung an die Betroffenen zahlen müssen.

Was können denn die Flüchtlingsgruppen für die Illegalisierten konkret tun?

Es gelingt nur in wenigen Fälle, gültige Aufenthaltspapiere zu beschaffen. Trotzdem versuchen wir natürlich, einen legalen Status zu erreichen. Es gibt in verschiedenen Städten bereits Ärzte, Rechtsanwälte und Sozialarbeiter, die diesen heimlichen Menschen kostenlos helfen. Diese Netzwerke müssen weiter verdichtet werden.

Historiker auf Distanz



Karlheinz Weißmann

EV #95 - Das Herausgeber-Gremium der mehrbändigen „Propyläen Geschichte Deutschlands" hat sich vom letzten Band des Geschichtswerkes distanziert, das sich mit der Nazizeit befaßt. „Der Weg in den Abgrund" wurde vom neurechten Göttinger Studienrat **Karlheinz Weißmann** verfaßt, nachdem der Historiker **Hans Mommsen** trotz mehrmaliger Aufforderung durch den früheren Cheflektor des Ullstein-Verlages, **Rainer Zitelmann**, sein Manuskript für diesen Band nicht abgeliefert hat. Weißmann würde sich zu „emotional bewegt" über die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und die Verbrechen der Roten Armee im Osten äußern und zu „distanziert" über die Ermordung der Juden schreiben, erklärte Historiker **Dieter Groh** für das Herausgeber-Gremium.

Rechte Professoren

Stern 2/96 - Unter dem Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre verbreiten mehr als fünfzig ProfessorInnen deutscher Universitäten rechtsextremes Gedankengut in Vorlesungen und Büchern. **Robert Hepp** zum Beispiel, dessen Ziel *„die Entkriminalisierung unserer Geschichte für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein"* ist, legt seinen SchülerInnen gerne Texte vor, in denen die Vergasung von Juden in Auschwitz geleugnet wird. Um dieses Ziel durchzusetzen, hatte er einst sogar mit **Franz Schönhuber**, **Wolfgang Seiffert** und einer Reihe anderer Professoren-Kollegen den ***Deutschlandrat*** in Bad Homburg gegründet. Seine Bücher, wo er in lateinischen Fußnoten die methodisch durchgeführte Vernichtung von Juden leugnet, erscheinen im Tübinger ***Hohenrain-Verlag***. Dessen Besitzer **Wigbert Grabert** ist seit Jahren wegen Verbreitung von rechtsextremistischer Literatur bekannt. Politologe **Hans Helmut Knütter** gibt in sogenannten „Denkfabriken", wie dem CDU-nahen ***Studienzentrum Weikersheim (SZW)*** des früheren Marinerichters und ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Hans Filbinger**, Sonderunterricht für von ihm ausgesuchte Studenten. Von diesen erwartet er, daß seine Worte *„im Kampf gegen den Antifaschismus umgesetzt"* werden. Ihn und den Würzburger Soziologen **Lothar Bossle**, welcher auch im Präsidium des SZW sitzt, trifft man auch auf den Tagungen der ***Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)***, wo die deutsche Kriegsschuld geleugnet wird. Der nordrhein-westfälische Politikprofessor **Werner Pfeifenberger** (Fachhochschule Münster), welcher für das Jahrbuch der österreichischen ***Freiheitlichen*** des Jörg Haider einen Bericht schrieb, in dem er zu dem Schluß kam, daß die Juden am Zweiten Weltkrieg schuldig seien, wurde vom Bundestagsabgeordneten **Siegfried Vergin** (SPD) wegen Volksverhetzung angezeigt. Während die Staatsanwaltschaft Münster noch ermittelt, erklärte die NRW-Wissenschaftsministerin **Anke Brunn**, ihr seien leider die Hände gebunden. Pfeifenberger könne für sich die Freiheit von Forschung und Lehre beanspruchen. Das nutzt auch **Paul-Ludwig Weihnacht** (Universität Würzburg) aus. Eine Studentin berichtete, daß Weihnacht von seinen Studies erwarte, daß sie das Deutschlandlied beherrschen - inklusive der ersten Strophe. Sein Kollege Professor **Bernhard Klyscz**, ehemaliger Vizechef der hessischen ***Republikaner***, mußte, nachdem sich ein moslemischer Student über ausländerfeindliche sowie andere diskriminierende Äußerungen von Klyscz beschwert hatte, ein dienstliches Beschwerdeverfahren „überstehen". Als er dann vor die Wahl „Uni oder REP-Karriere" gestellt wurde, entschied er sich für das dicke Geld und stieg aus der Partei aus.

Prozeß geplatzt

JW 12.1.96 - Der Prozeß gegen den Altnazi **Hans Schmidt** vor dem Schweriner Landgericht ist geplatzt. Der Deutsch-Amerikaner war wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß angeklagt (siehe WGA #11). Wie zu erwarten war, erschien er zum zweiten Verhandlungstag nicht mehr, nachdem nach Prozeßbeginn sein Haftbefehl wegen angeblich nicht bestehender Fluchtgefahr ausgesetzt wurde. Während der Vorsitzende Richter nun erneut einen Haftbefehl erließ und die folgenden Prozeßtermine strich, dürfte Schmidt sich wieder in den USA aufhalten.

Dienel wieder frei

NIT 1.1.96 - Am 24. Dezember '95 wurde **Thomas Dienel**, Chef der ***Deutsch-Nationalen Partei (DNP)*** nach Verbüßung von 2/3 seiner Haftstrafe aus der Haftanstalt in Erfurt vorzeitig entlassen. Dienel war wegen Volksverhetzung, Betrug und mehrerer rechtsextremer Straftaten verurteilt worden.

Disziplinarmaßnahmen rechtswidrig

DESG-inform 10-11/95 - Der erste Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts Münster hat entschieden, daß die von der Arnsberger Bezirksregierung gegen den Kamener Studiendirektor **Burkhard Schmanck** eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen rechtswidrig waren. Burkhard Schmanck hatte wiederholt für die ***Republikaner*** kandidiert und leitet heute als Vorsitzender des ***Republikanischen Bundes der öffentlichen Bediensteten (RepBB)*** die Beamtenvereinigung der Partei. Bereits am 24. Februar '95 hatte das Verwaltungsgericht Münster festgestellt, daß der Vorwurf der Kandidatur für die Republikaner weder den hinreichenden Tatverdacht eines schweren Dienstvergehens noch die Prognose der Entfernung aus dem Dienst rechtfertigen würde. Der Europäische Gerichtshof hatte auf Klage einer DKP-Lehrerin festgestellt, daß Berufsverbote gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen und sowohl das Recht auf Meinungsfreiheit wie das Recht der Vereinigungsfreiheit verletzen und daß diese Rechte auch für Beamte gelten. Der REP-Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** kündigte für seine Partei an, daß in den Fällen, in denen Republikaner im öffentichen Dienst wegen ihrer Parteiangehörigkeit „verfolgt" würden, Strafanzeige gegen die Ermittlungsbehörden erhoben werde. Schmanck unterrichtet seit der Entscheidung der Münsteraner Disziplinarkammer wieder an einem Gymnasium in Kamen.

Keine Unterstützung für KZ-Forschung

BeZe 28.12.95 - „Skandalöse Zustände" beklagen internationale Holocaust-Forscher: Wissenschaftlern wird in Deutschland der Zugang zu wichtigen Quellen verwehrt. Die Kenntnisse über die Konzentrationslager sind noch sehr lückenhaft. Besonders gering sind die Kenntnisse über die Lager im Osten nach 1939. Dieses Fazit

zogen 70 Historiker aus zwölf Ländern, die sich kürzlich auf der Internationalen Konferenz zum Thema „Entwicklung und Struktur der nationalsozialistischer Konzentrationslager" in Weimar trafen. Das Problem der Forscher: Die Zeitzeugen sterben aus. Außerdem wird den Wissenschaftler der Zugang zu den Akten des Suchdienstes des Roten Kreuzes in Arolsen verwehrt. In dieser Institution, die dem Bundesinnenminister unterstellt ist, befinden sich Häftlingsakten und andere KZ-Unterlagen. Die 200 Mitarbeiter des Suchdienstes erteilen nur den Angehörigen ehemaliger Häftlinge Auskünfte. Für die Beschäftigung von Historikern gibt es keinen Etat.

Feiertag I.

Neuer Feiertag

JW 5.1.96 - Den Deutschen wird ein neuer Feiertag verordnet, aber es wird nicht mal ein arbeitsfreier Tag sein. Der 27. Januar soll an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern. Es ist der Tag, an dem das KZ Auschwitz und die letzten 2.000 Überlebenden von der Roten Armee befreit wurden; der Bundespräsident **Roman Herzog** bezeichnete die Befreiung jedoch als Werk „der Alliierten". Herzog will einen Feiertag, der nicht, wie der am 9. November, an die Leistungen der Volksgemeinschaft in der Pogromnacht erinnert, und der nicht, wie ebenfalls am 9. November, mittlerweile positiv besetzt ist. Außerdem einen, der nicht, wie der 8. Mai, die deutsche Niederlage ins Gedächtnis ruft oder, wie der 20. Januar, wer die eigentlichen Täter und Vollstrecker der „Endlösung" waren: Dafür hätte sich der Jahrestag der Wannseekonferenz angeboten.

Feiertag II.

Schlierer will Vertriebenen-Feiertag

JF 12.1.96 - Der Bundesvorsitzende der ***Republikaner***, **Rolf Schlierer**, hat vorgeschlagen, den 4. März zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung zu erklären. Am 4. März 1919 - also auch schon lange vor dem Nationalsozialismus - fanden in der Tschechoslowakei die ersten Aktionen gegen eine ethnischen Minderheit statt.

Kündigung bei Rassismus

EV #95 - Wer am Arbeitsplatz einen rassistischen Witz erzählt, darf fristlos gekündigt werden. Nicht erforderlich ist eine vorherige Abmahnung (Arbeitsgericht Mannheim, Az.: 5 Ca 773/94).

Schlampige HNG'ler

bnr 24/95 - In den ***HNG-Nachrichten***, Herausgegeben von der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)*** ist eine „schwarze Liste" enthalten. Diese enthält mehrere dutzend Neonazis, die zu den säumigen Beitragszahlern der HNG gehören. Unter den „Kameraden" mit schlechter Zahlungsmoral befinden sich zahlreiche ehemalige Mitglieder und Kader verbotener Organisationen wie **Holger Steinbiß** (Berlin) von der NF und **Michael Litzel** (Ludwigshafen) von der FAP. Aus Berlin kommt auch der säumige Beitragszahler **Oliver Werner**, ehemaliges Kader der „Nationalen Alternative", der zuletzt mit einem „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten" auf sich aufmerksam zu machen versuchte. Von der FAP stieß das ebenfalls mit einer schlechten Zahlungsmoral ausgestattete HNG-Mitglied **Martin Tietz** 1994 zu den „Deutschen Nationalisten". Der Kasseler Neonazi erstellte die Skinzines „Kurhessen-Post" und „Der Frontkämpfer".

„Bund für Gesamtdeutschland" fordert Entschädigung

JF 1.12.95 - Der ***Bund für Gesamtdeutschland (BGD)*** hat an die „Heimatvertriebenen und Eigentumsgeschädigten" appelliert, den Anspruch auf ihr ehemaliges Eigentum in den heute zu Polen, Rußland und Tschechien gehörenden ex-deutschen Ostprovinzen anzumelden und im Fall eines ablehnenden Bescheids Rechtsverwahrung einzulegen. Die politische Situation sei zur Zeit günstig, da Polens Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union von Deutschland befürwortet werden müsse. Der Bund bietet Hilfe zur Abfassung von Briefen an den Bundeskanzler, den Finanzminister und an den zuständigen polnischen Woiwoden an. Der deutschen Jugend müsse „die Hoffnung auf freie Entfaltung in den jahrhundertealten deutschen Landen erhalten bleiben", heißt es in einer Erklärung. Kontaktadresse: BGD, Zum Schulhof 8, 47053 Duisburg, Tel. 0203 - 642 539.

Baden-Württemberg

Militanter Nazi bei den "Republikanern"

bnr 24/95, Der Rep 9-10/95, WGA - Der Neonazi **Markus Burkhard** ist für die ***Republikaner*** in Baden-Württemberg aktiv. So ist er seit dem 1. Juli 1995 Vorsitzender der ***Republikanischen Jugend*** in Karlsruhe (siehe WGA #10) und pflegt hier die Kontakte zwischen REPs und militanten Nazis. Deutlich wurde das bei einem „Leistungsmarsch" mit anschließendem Grillfest, den die Republikanische Jugend Karlsruhe am 25. August '95 durchführte. Zu diesem Marsch hatte der REP-Landesvorsitzende **Christian Käs** alle Funktions- und Mandatsträger des Landesverbandes per Rundbrief eingeladen. Melden sollten sich die „lieben Parteifreunde" bei Markus Burkhard. Dieser Einladung folgten nun nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes nicht nur REPs, sondern auch 50 Neonazis und Naziskins. Markus Burkhard (geboren 1976) war auch am 19. August '94 im Ortsteil Daxlanden anwesend, als Neonazis ein Kameradschaftsabend zu Ehren von Rudolf Heß durchführten. Er landete hierbei im Vorbeugegewahrsam der Polizei. Zwei Wochen später nahm er an einer „Grillfeier" von Rechtsradikalen in Graben bei Bruchsal teil. Im Juni 1995 spielten zwei Naziskins der rechtsradikalen Band ***Noie Werte***, sogenannte „patriotische Balladen" in Schöllbronn bei Ettlingen. Auch Markus Burkhard war wieder mit von der Partie. Am 5. August '95 lud die ***NPD*** zu einer Werbeveranstaltung (getarnt als Grillfeier) nach Dörrenbach in der Pfalz. Mit dabei waren neben dem (inzwischen inhaftierten) Ex-NPD-Chef **Günter Deckert** auch wieder Markus Burkhard. Im Vorfeld der Rudolf-Heß-Marsch-Aktivitäten durchsuchte die Polizei am 18. August '95 das Auto von Burkhard. Sie fand u.a. Heß-Plakate, NPD-Aufkleber, eine Kassette des Nazi-Barden Frank Rennicke, eine Kopie der antisemitischen Hetzschrift „Geheimnisse der Weisen von Zion" und eine Vorlage zum Erstellen eines Hakenkreuzes per Computer.

REP-Polizist

bnr 1/96 - Am 7. Dezember '95 wurde der 32jährige Polizeibeamte **Winfried Korth** vom Amtsgericht Mannheim wegen zweier vorsätzlicher Verstöße gegen das Landesdatenschutzgesetz zu einer Geldstrafe von 4.000 Mark verurteilt. Der Stadtrat und Kreisvorsitzende der ***Republikaner*** in Mannheim habe in zwei Fällen im April und im Juni '94 den Polizeicomputer abgefragt und sieben Neumitglieder oder Interessenten der REPs überprüft (siehe WGA #9). Korth bestritt die Vorwürfe und will in Berufung gehen. Korth betreibt in Mannheim ein ***REP-Infotelefon*** (WGA #11) und gehört dem REP-Landesvorstand als Beisitzer an.

DL-Gesprächskreis

NE 1/96 - In Villingen-Schwenningen findet jeden Donnerstag ab 20.00 Uhr ein offenes Treffen der ***Deutschen Liga*** statt. Nähere Infos gibt's über DLVH, Postfach 3705, 78026 Villingen-Schwenningen.

Bayern

Rechtsradikale Brandanschläge

JW 9.1.96 - Die Brandstiftung in einem Flüchtlingsheim in Wassertüdingen am 1. Januar '96 geht eindeutig auf das Konto rechtsradikaler Skins. Das erklärte die Polizeidirektion Ansbach auf Anfrage. Im Polizeibericht war zunächst von einem „unbeabsichtigten Brandausbruch" die Rede gewesen. Für einen politischen Hintergrund hatte die Polizei angeblich keine Anzeichen gesehen. Dabei war bekannt gewesen, daß sich vor dem Flüchtlingswohnheim in der Neujahrsnacht etwa 25 Rechtsradikale versammelt hatten. Diese hatten Nazi-Parolen gegröhlt und das Haus mit Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen. Rund die Hälfte der 15- bis 19jährigen Rassisten rechnet die Polizei der örtlichen Nazi-Skinhead-Gruppe zu. Ein 16- und ein 17jähriger haben gestanden, im Treppenhaus des Heims einen Kinderwagen mit Feuerwerkskörpern in Brand gesetzt zu haben. Gegen sie läuft jetzt eine Anzeige wegen Brandstiftung und Hausfriedensbruch. Bereits vor vier Jahren war das Heim von einer Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher angegriffen worden.

Brand im Flüchtlingsheim

JW, Taz 2.1.96 - Vermutlich durch vorsätzliche Brandstiftung ist am Silvestertag kurz vor Mitternacht in Altötting ein Heim mit bosnischen Kriegsflüchtlingen stark beschädigt worden. Die 29 BewohnerInnen konnten das Gebäude unverletzt verlassen. Durch zwei anonyme Anrufe war der Brand angekündigt worden.

Abschiebung

BeZe 22.12.95 - Einem ghanesischen Kind droht trotz einer lebensbedrohlichen Krankheit die Abschiebung in seine medizinisch unterversorgte Heimat. Das Mädchen ist in Deutschland geboren und ihr Vater lebt hier seit neun Jahren. In Afrika hätte das Mädchen kaum eine Chance zum Überleben.

Altnazi sucht

EV # 95 - Der Altnazi **S. Heppner** (Oberneumarker Str. 67, 08496 Neumark) versucht über eine Anzeige in der Nazi-Zeitung ***Europa Vorn*** an die Adressen der beiden Kinder des Reichsbank-Vizepräsidenten **Puhl** heranzukommen. Heppner selbst bezeichnet sich als „Zeitzeuge" der Deutschen Reichsbank. Als Belohnung bietet er u.a. „drei Heftausgaben mit brisanten Einzelheiten über die Goldzähne der Juden" an.

Landesparteitag der Deutschen Liga

NE 1/96, WGA - Auf dem bayerischen Parteitag der ***Deutschen Liga (DL)*** in Regensburg wurde der Ex-***Republikaner*** **Werner Eichinger** als Landesvorsitzender im Amt bestätigt. Werner Eichinger war 1980 Verantwortlicher der überparteilichen ***Bürgerinitiative Einwanderungs-Stopp*** und der ***Vereinigung für Bürgerinteressen*** mit Sitz in Mannheim, die 1990 zur Wahl der ***Christlichen Liga*** und der REPs aufrief. 1991 wurde er Kreisvorsitzender der Republikaner in Miltenberg und arbeitete auch beim ***Deutschen Freundeskreis*** (bzw. Deutscher Freundeskreis Frankenrat) mit. Noch im selben Jahr wechselte er zur Deutschen Liga. Auf dem Parteitag sprachen außerdem noch der DL-Bundesvorsitzende **Harald Neubauer** (Nation & Europa, Ex-REP) und **Peter Dehoust** (N&E) vom Deutschen-Liga-Bundesvorstand.

Nazi-Aktionstag und Aufmarsch geplant

NIT Franken 10.1.96, WGA - Am 24. Februar '96 wollen Rechtsradikale in Bayern und Franken einen Aktionstag durchführen. Für den Vormittag ist die „traditionelle Aschersamstags-Veranstaltung" der ***NPD*** geplant und am Nachmittag soll der „Hans-Münstermann-Gedenkmarsch" in Aschaffenburg stattfinden. Hinter diesem Marsch stecken vermutlich wieder die örtliche NPD, die örtliche ***JN*** und der ***Deutsche Freundeskreis Frankenrat***. Hauptdrahtzieher könnte wieder

SOLIDARITÄT

mit den angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Göttingen

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen nach über zweijähriger Ermittlung nach §129/129a (Unterstützung von, Werbung für oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer Großrazzia durch das Bundes- und Landeskriminalamt sowie den örtlichen Behörden.

Nach über einjährigem Presse- und Behörden-Hick-Hack entschied der Bundesgerichtshof am 6. August 1995 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Prozeß nach §129 (kriminelle Vereinigung) vor der Staatsschutzkammer Lüneburg zu machen.

Alle 17 Angeklagten sollen von Mai 1996 bis April 1997 an zunächst 114 Verhandlungstagen vor Gericht stehen. Pro Woche sind 3 Verhandlungstage angesetzt. Der Antrag auf Verlegung dieses Mammutprozesses nach Göttingen wurde abgelehnt. Damit erhalten die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten schon vor Ende des Prozesses ein Urteil: Arbeitslosigkeit, mindestens 114 Tage Freiheitsentzug und finanzieller Ruin.

Mit diesem Prozeß gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten soll bundesweit ein Exempel statuiert werden, welches für die repressive Stoßrichtung bundesdeutscher Innenpolitik einschneidende Bedeutung hat.

Mit der Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) droht ein Präzedenzfall, der jede außerparlamentarische Arbeit, die sich nicht in das enge Korsett behördlicher und juristischer Reglementierung pressen läßt, von vorne herein – präventiv – zur kriminellen Tat erklärt.

Ein Schwerpunkt der Göttinger Antifa-Arbeit, die Bündnisarbeit, d.h. mit vielen antifaschistischen Kräften gegen den Neofaschismus in der Region mittels Demonstrationen vorzugehen sowie die Beteiligung am Aufbau einer bundesweiten antifaschistischen Organisation sollen unmöglich gemacht werden.

Angegriffen werden einige – gemeint sind viele!

Weg mit den §§ 129/129a!

Spendenkonto für Prozeßkosten:
Antifaschistische Liste
Konto.-Nr.: 150 497 006
Sparkasse Göttingen
BLZ: 260 500 01
Stichwort: „SolidariTAT"

Antifaschistische Aktion

Klaus Beier aus Miltenberg sein. Dieser ist Sprecher vom Deutschen Freundeskreis Frankenrat, Kreisvorsitzender der NPD und im Regionalarbeitskreis der JN aktiv. Eine zeitlang war er auch die Bezugsadresse von der Nazi-Zeitung ***Junges Franken*** (siehe WGA #11) gewesen. Beier rief schon in der Vergangenheit offen zum „Hans-Münstermann-Gedenkmarsch" auf. Er schreibt auch für die ***Berlin-Brandenburger Zeitung***, die Zeitung der ***Nationalen***.

REPs extremistisch

JW 3.1.96 - Der bayerische Verfassungsschutzbericht darf die ***Republikaner*** als extremistisch und verfassungsfeindlich bezeichnen. Das bestätigte das Verwaltungsgericht München in einem am 2. Januar '96 veröffentlichten Beschluß vom Dezember '95. Die REPs hatten im Juni '95 in einem Eilverfahren Beschwerde gegen die Einstufung eingelegt und verlangt, Bayern solle den VS-Bericht 1994 zurückrufen.

Berlin

Rechte Aktivitäten in der F.D.P.

API - Zwei selbsternannte Erneuerer standen sich am 12. Januar '96 beim Berliner *FDP*-Parteitag gegenüber. Gegen den nationalliberalen **Alexander von Stahl**, der „die Erneuerung einleiten" wollte, trat **Martin Matz** als „Kandidat für einen Neuanfang" an. Letztlich machte der 30jährige Matz das Rennen und kündigte sogleich an, die „Drahtzieher" der Unterwanderung von Rechtsaußen aus der Partei auszuschließen. Der junge Berliner Landesvorsitzende bedroht damit die jahrelangen Bemühungen rechter Kreise, Mehrheiten in der liberalen Partei zu kippen. Schon 1991 wurden bei der Nachwuchsorganisation ***Junge Liberale (JuLis)*** Mitglieder zwischen verschiedenen Bezirksverbänden hin- und hergeschoben. Auf diese Art und Weise besetzten rechte Kräfte den Vorstand. In der Folge tritt die FDP-Jugend mit Positionen wie *„wir wollen den Freistaat Preußen"* auf: Politik solle sich *„an Ethik und Moral"* sowie *„an preußischen Werten und Traditionen"* orientieren. Die Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes (Recht auf Asyl) geht den sogenannten „Liberalen" nicht weit genug, darüberhinaus müsse auch die Rechtsweggarantie abgeschafft werden. Die Verbandszeitung ***Die Zukunft*** präsentiert ein „Grußwort" des österreichischen Rechtsextremisten **Jörg Haider**, mit dem „seit geraumer Zeit" Kontakt aufgenommen sei. Doch dem rechten Klüngel, mit dabei Alexander von Stahl jun., gelang es selbst mit Einsatz von Fäusten auf einem Landeskongreß im Oktober 1992 nicht, sich an der Spitze der JuLis zu halten.

Nach gleicher Manier strebte man nun gezielt in Bezirksverbände, um Mehrheiten zu kippen. Als „Kurzhaarige mit ganz verzerrten Gesichtern" beschrieb **Carola von Braun** die rechten Truppen, die die Tempelhofer FDP „majorisierten". An ihrer Spitze **Klaus Gröbig**, **Ronald Gläser** und **Torsten Witt**, die zuvor schon im Vorstand der Jungliberalen saßen. Eine ähnliche Entwicklung habe sich in Spandau vollzogen. Der Bezirksvorsitzende **Wolfgang Mieczkowski** hätte „alle Leute rausgeekelt, die liberal sind", andere Meinungen würden kaum zugelassen.

Die National"liberalen" lassen unterdessen keinen Zweifel an ihren Absichten. Als Vorbild dient immer wieder Jörg Haider. In der ***Jungen Freiheit*** vom 3. Februar '95 findet sich der Hinweis: *„Übrigens: Jörg Haider hat auch eine etablierte Partei übernommen"*. Und **Rainer Zitelmann**, Lektor beim Ullstein-Verlag und FDP-Mitglied in Spandau, schreibt in einem Buch, es sei einfacher, eine bestehende Partei zu übernehmen als eine neue zu gründen. Eine Stellungnahme auf Nachfrage der „Jungen Welt" lehnte er allerdings ab. Um die Partei „fit" zu machen für seinen Neuanfang, will Matz „bis zu sechs" Personen aus der Berliner FDP ausschließen. Damit wolle der gelernte Diplom-Kaufmann den „harten Kern" angehen, der Kontakt zur rechten Szene halte und „gezielt versucht, den Laden umzukippen". Alexander von Stahl sei diesem Kreis allerdings nicht zuzurechnen. Über konkrete Namen schweigt sich Matz zwar aus, vergangene Woche berichteten Medien jedoch, es gehe unter anderen um Zitelmann, Gröbig und den 32jährigen **Markus Roscher**. Auf Nachfrage teilte Rechtsrefendar Roscher mit, Matz sei „etwas siegestrunken", sein Verhalten eine „Frechheit" und juristisch nicht durchsetzbar. In der Tat ist ein Ausschluß laut Parteiengesetz nur dann möglich, wenn ein Mitglied „vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt". Matz hingegen sieht darin kein Hindernis: eine demokratische Partei müsse sich schließlich nicht alles gefallen lassen. „Wenn vom Nationalen Infotelefon bis zur Jungen Freiheit zur Unterwanderung der FDP aufgerufen wird", sei die Grenze überschritten.

Gedenkmarsch angegriffen

ND, JW 15.1.96 - Erstmals seit 1988 ist es am 14. Januar '96 bei der Gedenkdemonstration für **Rosa Luxemburg** und **Karl Liebknecht** zu einen Polizei-Einsatz gekommen. Insgesamt hatten 100.000 Menschen der beiden ermordeten Sozialisten gedacht. Grund für den ersten Einsatz war ein irgendwie-irgendwo auftauchendes PKK-Symbol. Doch als sich dann ca. 30 PolizistInnen, direkt vor der Gedenkstätte der Sozialisten, zu einem Theaterstand der ***Antifa (M)*** durchknüppelten war klar, daß eine Auseinandersetzung provoziert werden sollte. Und so rückten, nachdem der kleine Polizeitrupp vertrieben wurde, zwei Hundertschaften an und attackierten die Menschen, die eigentlich nur an den Gräbern ihre Blumen ablegen und gedenken wollten. Bei dem Einsatz wurden die Info-Tische eines türkischen Arbeitervereins und der von der ***Antifaschistischen Initiative Moabit AIM*** (vielen Dank für die Kartoffelsuppe) zerstört, sowie zahlreiche Menschen verletzt bzw. festgenommen. Mit Einsatzfahrzeugen fuhr die Polizei in die Menge, ohne auf den großen Teil sehr alten Menschen Rücksicht zu nehmen; ein Mann erlitt eine Herzattacke. Das übermäßig harte Vorgehen der Polizei wurde von den Veranstaltern scharf verurteilt, in einer Erklärung wurde das Interesse daran betont, daß die Veranstaltung friedvoll bleibt, nicht kriminalisiert und für andere Zwecke mißbraucht wird.

Abschiebehäftlinge brechen aus

WGA #11, BZ 11.1.96 - 30 Millionen Mark hat sich der Senat das neue Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße kosten lassen und rund 8.000 Personen sollen aus diesem ehemaligen Frauengefängnis jährlich abgeschoben werden. Nun ist das Abschiebegefängnis sechs Wochen in Betrieb und drei Abschiebehäftlingen gelang es zu fliehen. Kurz nach Bezug setzten sich zwei Brüder aus Mazedonien ab, indem sie über den Hof liefen und blitzschnell über die drei Meter hohe Mauer kletterten und verschwanden. Bei der Polizei hieß es dazu: „Nach Inbetriebnahme hat man Schwachstellen erkannt und versucht, sie durch bauliche Maßnahmen abzustellen." Offenbar nicht gerade mit Erfolg, wenig später konnte ein Flüchtling aus Rußland entkommen. Nachdem er Besuch empfangen hatte und vorgab in seine Zelle zurückzukehren, sprintete er auf dem Hof plötzlich los, hechtete über die Mauer und war auf und davon. Im April '95 hatte die Gruppe KOMITEE versucht, das im Bau befindliche Gefängnis zu sprengen. Die Aktion mißlang (siehe WGA #6) und einige der mutmaßlichen TäterInnen wurden inhaftiert.

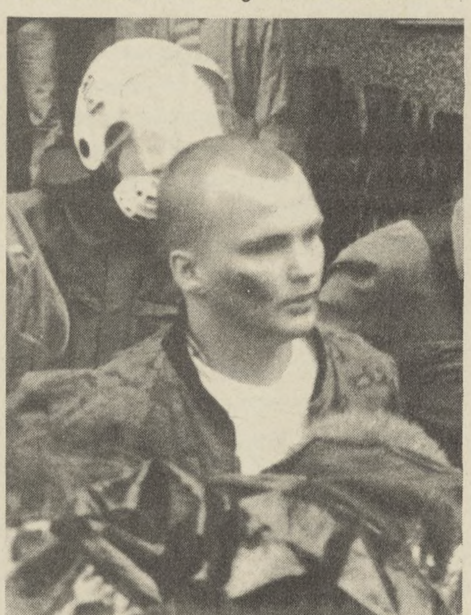
PROZESS GEGEN NAZIKADER DER "ANTI-ANTIFA"

WGA, Tsp 12.1., JW 4./12.1.96 - Der Prozeß vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten gegen einige der führenden Drahtzieher in der Berliner Nazi-Szene geht weiter. Den 19 Angeklagten wird die „Bildung eines bewaffneten Haufens" vorgeworfen (siehe ausführlichen Bericht in der WGA #12). Die Angelagten sind **Arnulf Priem, Oliver Werner, Kay Diesner, Wolfgang Kaiser, Mathias Ridderskamp, Hans-Jörg Rückert, Mike Schildt, Ronald Spieker, Katrin Maut, Enno Gehrmann, Detlef Cholewa, Susann Starke, Marcus Bischoff, Oliver Schweigert, Matthias Morell, Marco Lau** und **Heinrich Axt**. Zu den gesondert verfolgten Zeugen gehören **Aline Döhring, Daniela Priem** (bis vor kurzen



Heiko, der "Sonnenschein"...

Daniela Wölfin), **Hartmut Sprengler, Andreas Tews, Daniel Zitzow**. Ein weiterer Zeuge Ist der anti-antifaschistische Nazi-Skin **Andreas Lück**. Auch am vierten Verhandlungstag, dem 3. Januar '96 setzten die Ver-teidigerInnen der Neo-Nazis auf Prozeßverschleppung. Daniela Priem erklärte das sie von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch macht und steht so als Zeugin nicht mehr zur Verfügung. Zu den wenigen Überraschungen des Prozesses gehörte nur die Verhängung des Haftbefehls gegen Oliver Schweigert. Der Ex-***FAP***-Kader war Ende Dezember '95 wegen „Verdunklungsgefahr" in Untersuchungshaft genommen worden. Ihm wurde allerdings für den 10. Januar '96, dem nächsten Verhandlungstag, eine Aufhebung des Haftbefehls in Aussicht gestellt. Und so konnte das ***Nationale Infotelefon (NIT)*** Berlin am 13. Januar '96 schon froh verkünden, daß Schweigert wieder frei ist und **Marcus Bischoff** keine verschärften Haftbedingungen mehr hat. Zu den Gründen der „Verdunklungsgefahr" äußerte sich der Staatsanwalt nicht weiter, wahrscheinlich war eine Ansage des Nationalen Infotelefons der Auslöser. Das NIT mobilisierte zum Verhandlungstag am 27. Dezember '95, um so einem „Verräter", der als Zeuge geladen war, Angst zu machen - das wäre der Tatbestand der Zeugenbedrohung. Der Antrag des Rechtsanwalt **Eisenecker** vom 18. Dezember '95 auf Augenscheinnahme des Tatorts wurde vom Gericht abgelehnt. Der Besuch dieses Prozesses entwickelt sich offenbar zu einer Pflichtveranstaltung für die Berliner Nazi-Szene. Unter den ZuschauerInnen befanden sich u.a. ehemalige Mitglieder der nun verbotenen ***Kameradschaft Treptow*** um Detlef Cholewa und SymphatisantInnen der Berliner ***Republikaner***. Ein Star des Publikums war ein **Heiko**, der alle gut kennt und von den Treptower Kameraden mit *„da kommt ja unser Sonnenschein"* begrüßt wurde. Außerdem taucht noch aus dem Dunstkreis der ex-FAP, Kameradschaft Treptow **Uwe** auf, der seinen Kameraden tolle Geschichten erzählt. Zum Beispiel, daß einer ihrer Kameraden, er heißt Alex, zusammen mit einem Freund in der S-Bahn höhe Baumschulenweg Streß mit einigen „Assis" hatte und sich dabei ein Messerstich einfing. Jetzt liegt er im Krankenhaus. Weiterer Gesprächsstoff auf dem Gang war das Komasaufen zu Silvester. Abwechslung in den ansonsten schleppenden Ver-handlungsverlauf brachte ein Befangenheitsantrag gegen einen der Beisitzenden Richter, welcher während der fast dreistündigen Zeugenvernehmung eines Polizisten lachen mußte. Nun hätte Rückert kein Vertrauen mehr in die Unabhängigkeit des Gerichts. Das ganze zog sich dann endlos hin und der Beisitzende Richter gab eine dienstliche Er-



Andreas Lück bei seiner Festnahme

klärung ab, worin er versicherte, einer menschlichen Regung nachgegangen zu sein. Nach der Verhandlung wurde ein einzelner Journalist auf dem Gerichtsflur von drei ***Anti-Antifa***-Aktivisten bedroht. Nach Aussagen des Journalisten handelt es sich dabei um Oliver Werner, **Björn Schüffler** und Hartmut Sprengler. Er zeigte ihnen den Presseausweis, welcher ihm entwendet wurde, um so den Namen und Adresse lesen zu können. Außerdem raubten sie ihm sein Notizbuch. Daraufhin holte der Journalist den Saalwächter und bekam so seine Notizen wieder. Später bemerkte er, daß die Seiten mit den Notizen fehlen. Er erstattet Anzeige gegen die Angreifer. Als Reaktion wurde Oliver Werner verhaftet und seine Wohnung dursucht. Dabei fand man neben den geklauten Notizen, auch Waffen, Nazi-Propagandamaterial und Gegenstände, die vermutlich aus anderen Diebstählen stammen.

Kurz vor Druckbeginn wurde noch bekannt, daß es Urteile bis zu 5.400 DM Geldstrafe sowie eine Freiheitsstrafe gegeben hat. Mehr in der nächsten WGA.

AUREL ARCHNER BEI DER FPR

Grüne/B.90, BeZe, Taz, BZ, JW 5./6.1.96 - Die wegen ihrer Verstrickung ins rechtextreme und kriminelle Milieu in der Kritik stehende ***Freiwillige Polizeireserve (FPR)*** sorgt wieder mal für Schlagzeilen. Nach Informationen der Fraktion ***Bündnis 90/Die Grünen*** im Abgeordnetenhaus ist der überregional agierende Neonazi **Aurel Archner** (siehe WGA #12) Mitglied der FPR. Bekannt wurde Archners FPR-Mitgliedschaft offenbar durch eine Anfrage des Verfassungsschutzes beim Berliner LKA. Der daraufhin vom LKA verfaßte Bericht bildet die Grundlage einer kleinen Anfrage der Grünen-Fraktion an den Berliner Innensenat. AntifaschistInnen ist der 35jährige Archner schon seit längeren durch seine Propagandaschlachten, seinen rechtsextremen ***W/D&I***-Versand, seiner Arbeit bei der ***Profit Marketing*** Werbeagentur (auch für die ***Jungen Freiheit*** aktiv) und vor allem durch seine extrem ausgeprägte Profilierungssucht bekannt. Dem LKA-Bericht zufolge nutzte Archner seine Mitgliedschaft in der FPR unter anderem, um für die, als Neonazi-Kaderschmiede bekannte, ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)*** eine Weihnachtsfeier in einer Zehlendorfer Polizeikantine zu veranstalten. Archners Verbindungen zur BKP bestehen schon länger. So wurde er zusammen mit **Götz Meidinger**, dem ehemaligen Geschäftsführer der Jungen Freiheit, am 16. Januar '95 bei einer „Reichsgründungsfeier" der BKP gesehen. Als Hauptreferat war hier **Peter Dehoust**, Herausgeber der rechtsradikalen ***Nation & Europa***, geladen. Im Oktober '95 war Aurel Archner Direktkandidat der ***Republikaner*** für die Schöneberger BVV. In der kleinen Anfrage wollen die Grünen auch wissen, ob eventuelle gute nachbarschaftliche Kontakte zum Regierenden Bürgermeister **Eberhard Diepgen** (CDU) bestehen. Denn das Haus Heimat 91 d, Archners Meldeanschrift in Zehlendorf, grenzt an das Grundstück des Bürgermeisters.

Haftbefehle wegen Überfall auf Flüchtlinge

BM, Taz, BeZe, 13./14.1.96 - Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Haftbefehl gegen zwei 19- und 20jährige Rechtsradikale erlassen. Ihnen wird vorgeworfen im Oktober '95 zusammen mit einen weiteren Tatbeteiligten Flüchtlinge, darunter einen Libanesen und eine Frau in Adlershof beschimpft und mit einer Luftdruckpistole beschossen zu haben. Am 1. Januar '96 sollen sie dann einen Mann durch Tritte schwer verletzt haben. Bei der Durchsuchung der Wohnung stellte die Polizei Munition, sowie Kaufbelege für Waffen sicher. Der 19jährige wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, sein 20jähriger Kamerad befindet sich jedoch weiter in Haft.

Nazi-Hools verderben Fussball

WGA, BZ 5.1.96 - Eigentlich wollte sich ***Hertha BSC*** den Stürmer **Sebastian Barnes** aus Leverkusen ausleihen, doch der sagte aus Angst vor rassistischen Übergriffen in Berlin ab. Der 19jährige kommt aus Ghana und ist so bei rassistischen Fußballfans wegen seiner schwarzen Hautfarbe verhaßt. Hertha-Manager **Carl-Heinz Rühl** berichtete: *„Wir haben hier einige böse Drohanrufe erhalten. Es kamen hier ungefähr 30 Briefe, als bekannt wurde, daß wir ihn aus Leverskusen ausleihen wollen und es gab anonyme Schmierereien an der Geschäftsstelle."* Nach und bei Hertha-Spielen kommt es oft zu Übergriffen auf Flüchtlinge und andere den Nazi-Hools mißliebige Menschen. Bei Spielen gegen St. Pauli wird das Publikum oft mit Rufen wie *„Deutsche wehrt euch - geht nicht zu St. Pauli"*, *„Rotfront verrecke"*, *„Sieg Heil"* usw. belästigt, ohne daß der Stadionsprecher reagieren würde. In den Stadien wird schon mal die schwarz-weiß-rote Fahne rausgehangen und Schwarze werden, wenn sie Pech haben, wegen ihrer Hautfarbe nicht ins Stadion gelassen. Beim Hertha-Heimspiel gegen Mannheim versuchte der Stadionsprecher vergeblich, das Berliner Publikum davon abzuhalten, die Fußballeinsätze farbiger Spieler mit Affenrufen und Pfiffen zu begleiten. Die Reaktion vom Trainer **Jürgen Rober**: *„Ich denke, man sollte das jetzt nicht überbewerten. Solche Chaoten gibt es eben überall."*

Rechter Schulterschluß

BS 10.12.95 - Jahrelang machten sich AnwohnerInnen der Reichsportfeldstraße in Charlottenburg für die Umbenennung ihrer Wohnstraße stark. Mitte November '95 beschloß die BVV-Mehrheit die Umbenennung in Flatowallee. **Alfred** und **Gustav Felix Flatow** waren Berliner Turner, die bei den ersten Olympischen Spielen 1896 in Athen mehrfach Goldmedaillen gewannen. Wegen ihrer jüdischen Religionszugehörigkeit wurden sie zu Zeiten des Nationalsozialismus im KZ Theresienstadt ermordet. Doch ***CDU*** und ***Republikaner*** können sich mit der Umbennenung perdu nicht abfinden. Die CDU forderte die AnwohnerInnen auf, sich beim Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses unbedingt gegen die Umbenennung auszusprechen und die REPs steuerten noch bei, daß der Begriff „Reich" bestimmt nichts mit dem „3. Reich" zu tun hat, da es schon zuvor ein deutsches Reich gab und sie so grundsätzlich gegen eine Unbenennung der Reichssportfeldstraße sind. Die Argumentation der REPs ist insofern vollkommen aus der Luft gegriffen, da der Name mit den 1936 von den Faschisten organisierten Olympischen Spielen in Berlin zusammenhängt.

Morde von KZ-Aufseherin verjährt?

BM 7.1.96 - Seit Jahren lebt die 72jährige ehemalige KZ-Aufseherin **Ingeborg A.** ungestört in Pankow. Das könnten die Staatsanwälte in Hof (Bayern) schnell ändern. Denn unter ihrem Mädchennamen **Ingeborg Schimang** soll sie als SS-Aufseherin im KZ-Außenlager Helmbrechts (Oberfranken) mehrere Morde an jüdischen Häftlingen begangen haben. Im Februar '45 soll sie am Totschlag der russischen Lagerärztin beteiligt gewesen sein und beim Todesmarsch 250 Kilometer gen Osten, den die Insassen des Frauen-Konzentrationslagers antreten mußten, soll Ingeborg A. mindestens drei weitere Häftlinge erschossen haben. Zwei der Morde wurden auf dem Gebiet verübt, das heute zu Tschechien gehört, der dritte nahe der fränkischen Ortschaft Seublitz. Schon Anfang der fünfziger Jahre fahndeten die tschechischen Behörden international nach Ingeborg A. Doch die KZ-Aufseherin lebte nach ihrer Heirat, gedeckt von den DDR-Behörden, in Ost-Berlin. Erst jetzt gaben die Archive der Gauck-Behörde ihren Aufenthaltsort bekannt, in ihrer Wohnung lebt sie mit Ehemann und Kindern, von dem Altbau hatte sie einen guten Blick auf die Mauer. Trotz der ihr vorgeworfenen Verbrechen, muß sie keine Strafverfolgung in Berlin fürchten. Ein Haftbefehl wurde nicht beantragt, im Sommer '95 wurde das Verfahren sogar vorübergehend eingestellt, denn der Totschlag galt als verjährt. Am 28. Dezember '95 verlangten die Grünen/Bündnis 90 im Bayrischen Landtag Rechenschaft über das zögerliche Vorgehen der Justiz, die keine Schwierigkeiten gehabt hätte, weitere Belastungszeugen zu finden. Ein US-Bürger aus Los Angeles hat sich angeboten, den deutschen Behörden eine Liste mit Namen und Adressen von 100 Überlebenden zur Verfügung zu stellen, auch eine Jüdin sagte später aus, daß ihr die „Aufseherin Inge" während des Todesmarsches ein Mädchen entriß und in einen Wald schleppte. „Ich habe dann einen Schuß gehört und von dem Mädchen nie mehr etwas gesehen."

Brandenburg

Anklage wegen Volksverhetzung

JW 3.1.96 - In Neubrandenburg prüft die Staatsanwaltschaft die Erhebung von Einzelanklagen gegen 11 Angehörige der Anklamer Polizeidirektion. Den Polizisten wird Volksverhetzung und die Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen vorgeworfen. Die Beschuldigten haben nach Zeugenaussagen im vergangenen Jahr während eines Lehrgangs an der Neustrelitzer Polizeischule das Horst-Wessel-Lied gesungen und lautstark „Ausländer raus" gerufen. Das teilte Oberstaatsanwalt Helmut Plett mit. Die Beschuldigten, die sich inzwischen in Stellungnahmen geäußert haben, leisten derzeit weiter Dienst. Mit Anklagen ist noch im Januar zu rechnen.

Auto-Attacke gegen Türkin

JW 19.1.96 - Gegen den 19jährigen **Andre M.** hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin wegen versuchten Mordes einen Haftbefehl beantragt. Am Montag den 15. Januar '96 raste M., der sich selbst als ausländerfeindlich bezeichnet, in Flekken Zechlin mit seinem Pkw auf eine Gruppe von Jugendlichen zu, unter denen sich auch eine 17jährige Türkin aus Berlin befand. Hätte ein Begleiter sie nicht zur Seite gerissen, wäre sie nicht unbeschadet davongekommen. Nach Zeugenaussagen handelte es sich auf keinen Fall um einen Unfall, sondern um eine beabsichtigte Aktion, also Mordversuch.

Dolgenbrodt-Prozeß: Deal mit Neonazi

Tsp, JW 13.1.96 - Die Staatsanwaltschaft hat den Rechtsextremisten **Carsten Szczepanski** aus Königs Wusterhausen für seine ihr genehme Aussage offenbar belohnt. Dies geht aus einer Aussage hervor, die die Potsdamer Staatsanwältin **Mareen L.** am 12. Januar '96 als Zeugin im Dolgenbrodt-Prozeß machte. In diesem Prozeß hatte Szczepanski Ende September '95 den Angeklagten **Silvio Jankowski** schwer belastet. Die Zeugin bestätigte, daß ihr wenige Tage nach dieser Aussage eine Verfügung zugestellt worden war. Daraus sei hervorgegangen, daß der Leitende Oberstaatsanwalt von



Silvio Jankowski

Frankfurt/Oder persönlich gebeten habe, die Einstellung des Verfahrens gegen Szczepanski zu prüfen. Zur Begründung habe er unter anderem das „Aussageverhalten" des Nazis angeführt. Daneben sollte berücksichtigt werden, daß Szczepanski zwischenzeitlich wegen Beihilfe zum versuchten Mord an einem Nigerianer zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Daraufhin hatte die Zeugin einen Einstellungsantrag gestellt, dem das Landgericht Potsdam im Oktober '95 folgte. Szczepanski habe faktisch als Kronzeuge gegolten, seine Aussage habe strafaufklärend gewirkt, was ihm zu honorieren sei.

Ermittlungen gegen SPD-Politiker eingestellt

JF 5.1.96 - Nach über drei Jahren ist das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen ***SPD***-Landtagsabgeordneten und Alterspräsidenten des Brandenburger Landtags, **Gustav Just**, eingestellt worden. Gegen Just hatte die Staatsanwaltschaft ermittelt, nachdem er im März '92 angegeben hatte, 1941 im „Befehlsnotstand" an der Erschießung von sechs jüdischen Bürgern in der Ukraine beteiligt gewesen zu sein. Daraufhin mußte er sein Landtagsmandat niederlegen. Bei der Staatsanwaltschaft hieß es nun jedoch, weder die ukrainischen Behörden, noch Vernehmungen von Zeugen und Beschuldigten in Deutschland hätten Beweise dafür erbracht, das die Erschießungen überhaupt stattgefunden hätten.

Anti-Diskriminierungs-Kommission

BeZe 27.12.95 - Die Ausländerbeauftragte von Brandenburg, **Almuth Berger**, hat eine Anti-Diskriminierungs-Kommission gegen Fremdenfeindlichkeit vorgeschlagen. Nach ihren Angaben laufen in der Landesregierung schon Gespräche über solche Maßnahmen, da es in Ämtern und Behörden immer wieder Fälle von schikanöser und herablassender Behandlung von AusländerInnen gebe.

Mehr rechte Propaganda

JF 22.12.95 - Die Anzahl rechtsextremer Straftaten in Brandenburg ist nach Meinung der Generalstaatsanwaltschaft weiterhin rückläufig. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die meisten Rädelsführer mittlerweile im Knast säßen. Dafür findet eine Verlagerung auf den Propagandabereich statt. Etwa 85% der rechtsextremen Staftaten sind mittlerweile „Propagandadelikte", schreibt jedenfalls die „Junge Freiheit".

Nazis in der *Jungen Union* ?

JW 21.12.95 - „Neue Leute mit neuen Ideen" haben sich in Frankfurt/Oder, nach Angaben des dortigen ***CDU***-Geschäftsführers **Mario Faßbender**, zusammengesetzt, um Mitte Dezember '95 einen Kreisverband der ***Jungen Union (JU)*** zu gründen. Faßbender ist selbst auch Mitglied der Jungen Union. Von den „neuen Ideen" der JU fühlen sich speziell in Brandenburg offenbar auch immer mehr ehemalige Kader der Naziszene angezogen. In Luckenwalde konnte der als Kader der mittlerweise verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** bekannte **Bert Lindner** erfolgreich in den JU-Kreisvorstand aufsteigen. In Frankfurt/Oder gehört der seit 1993 in der Naziszene bekannte **Daniel Kersten** zu den elf Gründungsmitgliedern. Die der NF nahestehende Gruppe um Kersten betreute nach Angaben der Antifazeitung „Hinter den Kulissen" unter anderem das örtliche ***Anti-Antifa***-Postfach, das auch gleichzeitig als Kontaktadresse für die Frankfurter Kameradschaft der NF-Nachfolgeorganisation ***Direkte Aktion Mitteldeutschland*** diente. Doch für den neugegründeten Kreisverband Frankfurt/Oder ist die Welt noch völlig in Ordnung. Mario Faßbender konnte sich auf Nachfragen der Tageszeitung „Junge Welt" „nicht vorstellen, daß der neue JU-Geschäftsführer ein bekannter Neonazi sein soll: „Für Rechtsextreme ist bei uns kein Platz".

Bremen

Erweitertes Ausländerrecht

JF 17.11.95 - Am Mittwoch den 15. November '95 wurde im Bremer Landtag ein Antrag der großen Koalition betreffend des Ausländerrechts beschlossen. Demnach soll die Ausländerbehörde bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen humanitäre Gesichtspunkte beachten. Sofern nicht zwingende öffentliche Gründe dem entgegenstehen, soll zugunsten der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer entschieden werden.

Demo gegen Kanther

JW 8./12.1.96 - Am Mittwoch, den 10. Januar '96 demonstrierten ca. 500 Menschen gegen den Bundesinnenminister **Manfred Kanther**, der am Neujahrsempfang der Bremer CDU mit fast 3.000 weiteren Teilnehmern teilnahm. Die Demonstranten nannten Kanther einen gnadenlosen Abschiebefanatiker. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Altermann gestorben

Taz 3.1.96 - Kurz vor seinem 70. Geburtstag ist in Bremen der erste ***DVU***-Abgeordnete in einem Länderparlament, **Hans Altermann**, am 27. Dezember '95 gestorben. Altermann war 1987 von der SPD zur DVU gewechselt, verließ diese aber vier Jahre später wegen Querelen mit der Parteispitze wieder.

Hamburg

Scheinhinrichtung durch die Polizei

JW 22./23.12.95, Taz 22.12.95 - Der 28jährige Ghanaer **Jael Botaeng** wurde nach eigener Aussage 1995 gegen Ende Januar/Anfang Februar Opfer einer polizeilichen Scheinhinrichtung. Demnach sollen zwei Hamburger Polizisten der Wache 11 ihn in den Freihafen in ein Container gebracht haben. Dort mußte er sich ausziehen und als er sich weigerte sich sexuell mißbrauchen zu lassen, wurde er niedergeschlagen. Daraufhin hielt ihm einer der Polizisten seine Pistole an den Kopf und drückte ab. Die Waffe war jedoch nicht geladen. Dieser Vorfall fand ca. ein halbes Jahr nach dem Rücktritt des Hamburger Innensenator **Werner Hackmann** statt. Dieser legte sein Amt aufgrund der zahlreichen Mißhandlungsvorwürfen gegen Polizisten und wegen dem unseligen Korpsgeist nieder.

Polizist strafversetzt

EV #95 - In Hamburg wurde ein 40jähriger Polizist in den Innendienst strafversetzt, weil er in der selbstverlegten Broschüre „Halt Polizei" rassistische Äußerungen verbreitet hat (siehe WGA #12). Außerdem soll er sich geweigert haben, die Anzeige einer schwarzen Frau aufzunehmen, deren Bruder von den Türstehern einer Disco abgewiesen wurde.

Knaststrafe für Thomas Wulff

MAZ 5.12.95 - Das Hamburger Landgericht hat den Neonazi-Kader **Thomas Wulff** wegen Volksverhetzung, Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer sechsmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Wulff, genannt „Steiner", ist neben **Christian Worch** einer der führenden Organisatoren der



Thomas Wulff

inzwischen verbotenen ***Nationalen Liste (NL)***. Er wurde verurteilt, weil er als Redakteur in einer verbotenen Druckschrift der NL den Holocaust geleugnet und den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, **Ignatz Bubis**, verleumdet hatte.

Hessen

Brandanschlag in Pfungstadt

JW 4.1.96 - In der Nacht zum 3. Januar '96 wurde ein Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Geschäfts- und Wohnhaus in Pfungstadt verübt. Der Rolladen der Schaufensterscheibe wurde hochgeschoben, die Scheibe eingeschlagen und ein Benzinkanister mit Kleidungsstücken als Lunte in das Haus geworfen. Eine türkische Familie mit drei Kindern mußte wegen Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden.

Mecklenburg-Vorpommern

Urteil bestätigt

OZ 23.12.95 - Das Urteil gegen den stellvertretenden ***NPD***-Chef von Schleswig-Holstein, ***Heinrich Förster***, wegen schwerer Brandstiftung, versuchten Mordes und Landfriedensbruchs ist vom Bundesgerichtshof bestätigt worden. Förster hatte im Juli '92 etwa 30 Jugendliche zu einem Angriff auf das Asylbewerberheim in Boizenburg „motiviert" und war daraufhin zu vier Jahren Knast verurteilt worden. Verteidigt wurde Förster vom Nazi-Staranwalt **Jürgen Rieger**.

Antisemitisches im Polizei-Journal

JW 19.1.96 - Das Innenministerium hat die neuste Ausgabe des von ihm herausgegebenen ***Polizei-Journal*** zurückgerufen. Dieses enthält die Abdruck einer Polizei-Publikation aus dem 19. Jahrhundert mit antisemitischem Inhalt. Unter der Überschrift „Das Gaunerwesen betreffend" heißt es: „Am schlausten sind in dieser Beziehung die jüdischen Gauner". Der Chefredakteur **Schlender** sagte, ihm sei erst jetzt bewußt geworden, daß dies nicht ohne Kommentar hätte erscheinen dürfen.

Niedersachsen

Prozeß gegen Antifa (M)

JW 22.12.95 - Angeblich aus Angst vor Unruhen findet der Prozeß gegen die autonome ***Antifa (M)*** nicht in Göttingen, sondern in Lüneburg statt. Von den Beschuldigten und deren Anwälten wird damit erwartet, daß sie dreimal in der Woche einen 500 Kilometer weiten Reiseweg auf sich nehmen. Die Generalbundesanwaltschaft Celle hält eine mehrjährige Verfahrensdauer für möglich, da die Beweismittel so „umfangreich" seien. Bereits jetzt geht die Antifa (M) bei den 114 angesetzten Verhandlungstagen von 3,5 Millionen Mark Prozeßkosten aus. Unter diesen Bedingungen ist es auch noch nicht gelungen, die benötigten 34 Verteidiger zu finden. Der Prozeß soll in einer ehemaligen Bundesgrenzschutzkaserne stattfinden, da der Sitzungssaal im Landgericht Lüneburg keinen Platz für 17 Angeklagte und ihre VerteidigerInnen hat. Siehe auch die Anzeige auf der Seite 3!

"Tag der offenen Tür"

Alhambra 1/96 - Am 27. Januar '96 fand im Projekthaus K 14 in Oldenburg ein „Tag der offenen Tür" statt. Im Haus in der Karlstr. 14 sind verschiedene Projekte angesiedelt, unter anderem auch Antirassismusgruppen. Den ganzen Tag über gab es Infos, Fotoausstellungen und Vorstellungen verschiedener Gruppen und ab 20.00 Uhr spielten Bands.

NPD-Landesvorsitzender

Alhambra 8/95 - Einer der führenden Köpfe der rechtsradikalen ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)***, **Ulrich Eigenfeld**, lebt in Oldenburg. Er betreibt dort eine NPD-Geschäftsstelle und ist auch der niedersächsische Landesvorsitzende. Er kann auf eine lange Karriere innerhalb der NPD zurückblicken. Schon 1985 wurde er mit 38 Jahren Beisitzer im Bundesvorstand und 1987 Mitglied des Bundespräsidiums und des Bundesvorstandes, in welchem er wichtige Funktionen übernahm. 1989 wurde Eigenfeld Bundesschatzmeister und Leiter des „Amtes für Verbindung und Planung" der NPD. Ein Jahr später war er schon Generalsekretär und Leiter des „Amtes für Schulung und Bildung". Seit 1991 ist er Landesvorsitzender der NPD Niedersachsen. Er hält Vorträge bei Versammlungen der NPD-Kreisverbände und ihrer Jugendorganisation, den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und gibt eine Hetzschrift der NPD, den ***Niedersachsenspiegel***, heraus. Im Juli '94 griff er einen Jugendlichen an und verletzte diesen. Die von ihm betriebene Geschäftsstelle der NPD in der Tannenstraße 5 in 26122 Oldenburg koordiniert den Wahlkampf in der Weser-Ems Region und ist gleichzeitig der Wohnsitz von Eigenfeld.

"Knast wie Hotel"

Taz 15.1.96 - „Schwerkriminelle Ausländer" sollen nach einem Vorschlag des niedersächsischen ***CDU***-Fraktionsvositzenden **Christian Wulf** in Deutschland verhängte Haftstrafen künftig in ihren Heimatländern verbüßen. In einem Gespräch mit der „Bild am Sonntag" begründete er

sein Vorhaben damit, daß der deutsche Strafvollzug *„für Kriminelle, die zum Beispiel aus Rumänien, Albanien, Rußland stammen, weder abschreckende noch Sühnecharakter“* habe. *„Für sie ist ein deutsches Gefängnis doch fast wie ein Hotel“.*

Rechter Richter

JW 18.1.96 - Der Hildesheimer Amtsrichter **Christian Stoll** ist vom Landgericht Hildesheim zu einer Haftstrafe von sechs Monaten auf Bewährung sowie 4.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der 63jährige hatte, um einen Fehler zu vertuschen, ein Urteil nachträglich manipuliert. Richter Stoll ist ein notorischer Rechtsextremist. Er wurde in Oberschlesien geboren und „als Deutscher benachteiligt, wie selten jemand“. Er fiel immer wieder durch scharfe Urteile gegen Flüchtlinge auf und tat sich als Gastredner bei Vertriebenen-Treffen hervor. Er erzählt vom „Volk ohne Raum“ und lehnt die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ab.

Nazi-Schulrat in Braunschweig

PT-intern - Der Braunschweiger Schulrat, **Gerhard Bracke** ist ein Aktivist des ***Ludendorffer-Bund für Gotterkennung.*** Außerdem schreibt er in der rechtsradikalen Publikation ***Mensch und Maß***, z.B. über die „wahren Ursachen“ des Brandanschlages in Hünxe, nämlich die multikulturelle Gesellschaft. *„Was für Lügen muß Deutschland sich wieder gefallen lassen? Der Schwindel mit dem Wannsee-Protokoll, dem Schlüsseldokument zur Ausrottung der Juden... so ist der Begriff ‘Endlösung’ ein Übersetzungsfehler, es muß heißen „Gesamtlösung“. Gemeint ist eine Abwanderung der Juden...“* Solche und andere faschistische Töne läßt Bracke von sich. Jahrelang konnte er seine Propaganda ungestört verbreiten, z.B. im Unterricht des Braunschweiger Wilhelm-Gymnasiums. Es ist unvorstellbar, daß dieser Typ 35 Jahre lang unterrichten durfte und sogar bis zum Schulamtsdirektor befördert wurde.

Nordrhein-Westfalen

Brandanschlag in Essen

Taz 3.1.96 - Einen brennenden Benzinkanister haben Unbekannte in der Nacht zum 3. Januar ’96 in die Wohnung einer türkischen Familie in Essen geworfen. Ein Nachbar hat zuerst das Klirren gehört und dann das Feuer entdeckt. Zusammen mit einem weiteren Nachbar rettete er einen 52jährigen Türken aus der Wohnung. Mit nassen Wäschestücken und einem Eimer Wasser gelang es ihnen, die Flammen zu löschen. Täter und Motiv sind noch unbekannt.

Härtestellen für Asylbewerber

JW 5.1.96 - Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen, die sich der Rückführung in ihre Heimatländer entziehen wollen, können sich künftig an eine sogenannte „Härtefallkommission“ wenden, die dem Innenministerium zugeordnet ist. Sie setzt sich aus VertreterInnen kirchlicher Einrichtungen, des Landes-***Flüchtlingsrates,*** Wohlfahrtsverbänden und der Arbeitsgemeinschaft ***Pro Asyl*** zusammen. Die Berufung dieser Kommission hatten die ***Grünen*** in den Koalitionsvereinbarungen mit der SPD durchgesetzt. Als wichtigen Punkt der Vereinbarung sieht der Fraktionssprecher der Grünen, **Roland Appel**, an, daß die Ausländerbehörde von der Ausweisung oder Abschiebung absehen soll, solange die Kommission einen „Härtefall“ prüft. Innenminister **Franz Josef Kniola** (SPD) erwartet, daß die Kommission auch grundsätzliche Anregungen zur Handhabung und Veränderungen des geltenden Asylrechts geben wird.

Rheinland-Pfalz

SPD gegen Nazis im INTERNET

JF 5.1.96 - Die ***SPD*** im rheinland-pfälzischen Landtag fordert eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von jugendgefährdenden Medien. Immer öfter würden rechtsextremistische Computerspiele und Filme, die Krieg und Nationalsozialismus verherrlichen und Rassismus schüren über Internet vertrieben.

Saarland

Schwarz-Grün gegen „Aktion 3. Welt“

JW 28.12.95 - Der ***Aktion 3. Welt Saar***, in der ein Medienzentrum, ein Bildarchiv, eine Flüchtlingsberatungsstelle, das „Anti-Rassismus-Büro Saar“ und ein Dritte-Welt-Laden vereinigt sind, wurden vom Kreistag Merzig-Wadern die bisherigen Fördermittel in Höhe von 250.000 DM gestrichen. Die Streichung erfolgte mit den Stimmen der ***CDU*** und wurde nur aufgrund der Stimmenthaltung der beiden Abgeordneten der ***Grünen*** möglich. In Zukunft wird die Aktion die Mittel für jedes einzelne Projekt gesondert beantragen müssen. In den letzten Jahren hatte die Aktion vor allem durch Aktionen zur Saarland-Brigade der Bundeswehr, einer Elitetruppe, die sich positiv auf die Fallschirmtruppen der Wehrmacht bezieht und regelmäßig mit der türkischen Armee Manöver in Türkisch-Kurdistan durchführt, auf sich aufmerksam gemacht. Vor kurzem erst wurde einem Soldaten der Saarland-Brigade gerichtlich untersagt, die Behauptung zu verbreiten, die Aktion 3. Welt werde von der ***PKK*** unterstützt.

Sachsen

Rechter "Runder Tisch"

EV #95, WGA - Auch in Leipzig befindet sich jetzt ein „rechter Runder Tisch“ im Aufbau. Wer mehr darüber wissen will kann sich an Herrn **Schön** (Tel. 0341-461 22 01 oder 0172-342 08 52 und

Herrn **Schüler** (0172 - 341 56 10) wenden. Vermutlich stecken hinter diesen Bemühungen **Jürgen Schön** von der ***NPD*** und **Wolfgang Schüler** von der ***DVU***.

Antifa-Plenum

Frente 8/95 - Ein offenes antifaschistisches Plenum findet jeden Donnerstag in Leipzig um 20.00 Uhr im Conne Island statt.

Sachsen-Anhalt

Rechte stürmten Kneipe

NTb 27.12.95 - 22 rechte Jugendliche, mit Baseballkeulen und Schreckschußknarren bewaffnet, schlugen am 23. Dezember '95 ohne erkennbaren Grund in einer Gaststätte in Herrengosserstedt bei Merseburg auf vier Gäste ein. Sie wurden später von der Polizei gestellt und vorläufig festgenommen.

Brandanschlag auf Türken

Taz 16.1.96 - In der Nacht zum 16. Januar '96 haben in Gommern Unbekannte einen Brandanschlag auf ein türkisches Lokal verübt. Dieses wurde völlig zerstört, aber es gab keine Verletzten.

Nazi-Terror in Quedlinburg

JW 4.1., Taz 6./7.1.96 - Der Terror in Quedlinburg geht weiter! Seit der Kader der mittlerweile verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***, jetzt ***Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)***, **Steffen Hupka** (siehe auch „Portrait": Seite 22), nach Quedlinburg gezogen ist, ist für Antifas kein normales Leben mehr möglich. Die Faschisten haben jetzt eine neue Schiene entdeckt. Sie stellen Strafanzeigen wegen Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung und die Staatsanwaltschaft zieht mit. Hauptsächlich betroffen ist der 27jährige Elektromonteur **Thorsten**. Er ist Mitglied der örtlichen Antifa. Diese organisiert Antifa-Wochen und wird immer wieder in Auseinandersetzungen mit Neonazis verstrickt. Thorsten hat und hatte mittlerweile 48 Verfahren am Hals. Einige wurden eingestellt, dreimal wurde er freigesprochen, einmal wegen Körperverletzung verurteilt und etwa 20 laufen noch. Die faschistischen Gruppen finden sich unter so unscheinbaren Namen wie ***Unabhängiger Freundeskreis***, ***Harzer Heimatschutz-Bund*** oder ***Bürgerinitiative gegen Antifa-Gewalt*** zusammen. Zusammen bilden sie die ***Harzfront***. Von Hupka werden neue „Kameraden" rekrutiert, Schulungen und Seminare abgehalten, in den Wäldern des Harzes Wehrsportübungen durchgeführt und Konzerte mit Nazi-Bands organisiert. Angriffe auf vermeintlich linke Jugendzentren in Quedlinburg und Wernigerode sind ebenso an der Tagesordnung, wie Übergriffe auf Andersdenkende und -aussehende. Die Orte im Ostharz werden mit Flugblättern und Spuckies überzogen. Für Thorsten gibt es nur noch den Ausweg wegzuziehen. Auf die Dauer werden sich die Anzeigen gegen ihn noch mehr häufen und er in den Knast wandern. Sein Anwalt **Thomas Herzog** aus Berlin beurteilt die Anzeigen als völlig aus der Luft gegriffen und hat Strafanzeige gegen mehrere Neonazis wegen Falschaussage gestellt. Die Absprachen untereinander waren zu offensichtlich.

Rechtsradikale randalierten in Magdeburg

Taz 16.1.96 - In Magdeburg hat die Polizei am 13. Januar '96 zwölf Rechtsradikale im Alter von 16 bis 25 Jahren vorläufig festgenommen. Zwei von ihnen wurden festgenommen, als sie faschistische Lieder abspielten, acht weil sie auf der Straße rechtsradikale Parolen grölten und zwei weitere wurden aufgegriffen, weil sie einen 23jährigen Mann geschlagen, getreten und beraubt haben. Außerdem wird wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen ermittelt. Trotzdem sind alle wieder auf freiem Fuß.

Strafanzeige gegen Faschos

JW 22.12.95 - Der ***PDS***-Abgeordnete im Landkreis von Sachsen-Anhalt, **Matthias Gärtner**, hat gegen **D. Thüring** und **Andreas Neugebauer** von der Neonazi-Gruppe ***Kameradschaft Ostelbe*** der ***Nationalen*** Strafanzeige wegen Verleumdung und Volksverhetzung erstattet. Sie hatten ein Flugblatt veröffentlicht, das sich gegen die autonome Szene und ein von Autonomen besetztes Haus in Wittenberg richtet und auf dem ein Foto von Gärtner abgedruckt ist, das ihn mit „Gewaltkriminalität, Vandalismus und aktivem Drogenhandel" in Verbindung bringt. Neugebauer hat gute Kontakte zur Neonaziszene in Berlin und Brandenburg, insbesondere zu **Frank Schwerdt**, Vorsitzender der Nationalen. Inzwischen haben auch VertreterInnen des besetzten Hauses Strafanzeige erstattet, ebenfalls wegen Volksverhetzung und Verleumdung. Wittenberg hat, bezogen auf faschistische Aktivitäten, mittlerweile die Klasse des Ostharzes erreicht, wo der Neonazi-Kader Steffen Hupka aktiv ist. Im Vergleich zum ersten Halbjahr '94 bis zum Juni '95 sind im Bereich Wittenberg 150% mehr rechtsextreme Straftaten verübt worden. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf andersaussehende, meist junge Menschen. Im November '95 wurde ein junger Mann vom Fahrrad gerissen und von einem Dutzend Nazis so hart zusammengeschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Zwei Bewohner des besetzten Hauses wurden an einer Tankstelle von stadtbekannten Faschos zusammengeschlagen. An dem Überfall waren auch zwei Ex-Mitglieder der ***Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL)*** beteiligt, nämlich **Marco Strebe** und **Marko Heller**. Die beiden tauchten dann später bei der „Kameradschaft Ostelbe" wieder auf. Strebe war auch dabei, als in der Wohnung des ehemaligen DL-Kreischefs **Andreas Mattheus** ein Sprengsatz hochging, der nach dessen Angaben bei seiner Vernehmung dem PDS-Vorsitzenden **Lothar Bisky** galt. Die Polizei versuchte damals alles, um diese Aussage geheimzuhalten, doch auf die unangenehmen Fragen kritischer Journalisten hin mußte sie mit der Wahrheit herrausrücken. Die Staatsschutz versucht offensichtlich die Gefahr von rechts herunterzuspielen. So sieht die Polizei auch keinen Grund gegen das Flugblatt von Thüring und Neugebauer zu ermitteln. Die Wittenberger selber erwarten noch eine Zuspitzung der Situation.

Neonazis randalierten

FR, NTb 27.12., MDZ 28.12.95 - In Saaleck versammelten sich am 23. Dezember '95 etwa 150 rechtsradikale Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik, hauptsächlich aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen in einer Gaststätte. Die Polizei kontrollierte die Zufahrtsstraßen. Gegen 21.30 Uhr kam es zu einer Auseinandersetzung mit zwei 18- und 22jährigen Jugendlichen, bei der einer der beiden durch Messerstiche am Bein, der andere am Kopf verletzt wurde. Das Treffen wurde von **Thorsten Heise** aus Northeim organisiert und sollte ursprünglich in der Nähe von Göttingen stattfinden. Doch im gesamten Niedersachsen ist es flächendeckend verboten worden. Daraufhin wurde es konspirativ nach Saaleck verlegt. Im Tagesverlauf vorher wurden von Antifas in Naumburg Flugblätter über die ***Anti-Antifa Naumburg*** verteilt.

Schleswig-Holstein

Zehn Tote durch Brand in einem Lübecker Flüchtlingsheim

Presse 18.-24.1.96; Bündnis gegen Rassismus - Am Donnerstag, den 18. Januar '96 brach gegen 3.40 Uhr im Flüchtlingslager in der Hafenstraße in Lübeck aus ungeklärten Gründen ein Brand aus, der zehn Todesopfer und über zwanzig Schwerverletzte forderte. Sämtliche Opfer sind Flüchtlinge. Noch in den frühen Morgenstunden vertraten die örtlichen Behörden die Meinung, daß ein Brandanschlag wahrscheinlich ist: Drei deutsche Tatverdächtige waren festgenommen worden. Gegen 14.00 Uhr ließ der Polizeisprecher Herr **Tabarelli** dann jedoch verlauten, daß nun in alle Richtungen ermittelt werde. Es sei nicht klar, ob es sich um einen Brandanschlag handelt oder um einen Unglücksfall. Auch wenn aus verständlichen Gründen in der Öffentlichkeit gleich von einem Anschlag ausgegangen wurde, sind auch andere Ursachen möglich. Jedoch wurde in Teilen der Linken ausschließlich von einem rassistischen Anschlag gesprochen, ohne dafür aber weitere Anhaltspunkte vorlegen zu können. Das Feuer forderte deshalb so viel Opfer, weil gleich am Anfang das hölzerne Treppenhaus in Brand geriet und dadurch eine Flucht der BewohnerInnen verhinderte. Einige Menschen starben auch durch die Verletzungen, die sie durch einen Sprung aus dem Fenster erlitten. Zeitgleich mit dem Ausbruch des Feuers sind in der Nähe des Hauses drei junge Rechtsradikale von der Polizei in ihrem Auto kontrolliert worden, sie konnten danach weiterfahren. Am Morgen nahm die Polizei die drei Tatverdächtigen, die aus Grevesmühlen nahe Lübeck stammen, wieder fest und verhörte sie den ganzen Tag über. Am Freitag, den 19. Januar wurden alle drei wieder freigelassen, weil ihnen keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden könne. Auch soll ihr Alibi eine Tatbeteiligung ausgeschlossen haben, da sie kurz vor dem Brand an einer weiter entfernten Tankstelle von der Polizei gesehen worden seien. Was sie dort taten, wurde bisher nicht bekannt. Die drei sind nach offiziellen Angaben polizeibekannt und teilweise vorbestraft, jedoch sollen sich diese Vorstrafen nicht auf politische Straftaten beziehen. Nach Informationen des ***Lübecker Bündnisses gegen Rassismus*** kommen die drei Männer aus einer Gegend, in der es umfangreiche Aktivitäten verschiedener Nazi-Organisationen gibt, z.B. von der ***NPD***, der ***NF*** oder des ***Jungsturms***. So wurde der Lübecker NPD-Vorsitzende **Wolfgang Schimmel** aus Bad Oldesloe und **Dirk-Oliver Bollmann** von der NF in einem Flugblatt genannt. Bollmann sollte demnach auch als Aktivist des ***Nationalen Einsatzkommandos (NEK)*** agieren, das von Teilen der NF als Terrorkommando gegen AusländerInnen und Linke geplant war. Bisher wurden die Namen der Festgenommenen, bis auf eine Ausnahme, jedoch noch nicht veröffentlicht. Im Laufe des Tages und auch des folgenden Wochenendes gab es in mehreren Städten der Republik Gedenkmärsche, in Lübeck fand am Samstag (20. Januar) eine Demonstration mit etwa 2.500 TeilnehmerInnen statt. Am selben Wochenende wurde dann ein weiterer Tatverdächtiger präsentiert. Der 21jährige Libanese hatte ebenfalls in dem Haus gewohnt und soll unmittelbar nach Brandausbruch einem Feuerwehrmann die Tat gestanden haben. Allerdings bestreitet der Beschuldigte dies und auch die anderen Hausbewohner nehmen den Mann vor diesen Vorwürfen in Schutz. Trotzdem wurde bei ihm - anders als bei den drei Deutschen - sofort ein Haftbefehl erlassen. Währenddessen wird vom sozialdemokratischen Innenminister **Ekkehard Wienholtz** geprüft, ob gegen den Lübecker Bürgermeister **Michael Bouteiller** (SPD) ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Bouteiller hatte direkt nach dem Brand öffentlich dazu aufgerufen, zum Schutz der Flüchtlinge müsse man auch zu zivilem Ungehorsam bereit sein. Das bezog sich unter anderem auf die vorgeschriebene Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern, die sie natürlich angreifbarer machen.

Gedenken an SS-Mann

EV #46 - Am 12. November '95 fand in Lübeck eine Gedenkfeier für den 1943 gestorbenen Panzerkommandanten der 5. SS-Panzer-Division „Wiking", **Kurt Eggers**, statt. Dieser wäre 10. November 90 Jahre alt geworden. Gestaltet wurde die Feier von **Sepp Biber**, Veranstalter war die rechtsextremistische ***Sache des Volkes (SdV)***. Am Ende gab es noch einen Vortrag über „Geistesfreiheit und Reichseinheit" von **Pierre Krebs** vom Kasseler ***Thule-Seminar***.

Thüringen

Rechter Runder Tisch

EV #95 - Auch in Erfurt befindet sich ein „Rechter Runder Tisch" im Aufbau. Wer mehr darüber wissen will, kann sich an den Herrn **Ziegler** (Tel.036201-85277) wenden.

Drei Jahre Haft für jungen Antifaschisten

JW 21.12.95, WGA - Der 16jährige Antifaschist **Christian H.** ist zu drei Jahren Jugendarrest verurteilt worden. Das Gericht hielt den Jugendlichen des Totschlags im minderschweren Fall für schuldig. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Jahre Haft gefordert. Christian H. hatte in der Nacht zum 6. Mai '95, bei einer Schlägerei zwischen rechten und linken Jugendlichen, den rechtsradikalen **Sandro Weilkes** erstochen (siehe WGA #7, 9). Sandro Weilkes hatte den Bruder von Christian zusammengeschlagen; als Christian dazwischen ging, verletzte er Sandro so schwer, daß dieser verblutete.

R.A.S.H.

JW 21.12.95 - 1995 gab es einen Zusammenschluß von Skins aus ganz Deutschland (siehe WGA #6). Sie gründeten ***R.A.S.H. - Red & Anarchist Skinheads*** und geben jetzt eine Zeitung mit dem Namen ***Revolution Times*** heraus. Die Bestelladresse ist:

Revolution Times
Postlagernd, 23501 Lübeck

Nazischreihälse

Taz 24.12.95 - Sechs rechtsradikale Jugendliche sind am Abend des 21. Dezember '95 vorläufig festgenommen worden. Die 15- bis 23jährigen waren durch die Innenstadt von Ilmenau gezogen und hatten lauthals Nazi-Parolen skandiert. Gegen sie wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Organisationen eingeleitet.

GFP-Kongreß geplant

NE 1/96 - Vom 19. bis zum 21. April '96 plant die rechtsextreme ***Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)*** im südlichen Thüringen ihren „Deutschen Kongreß". Er soll unter dem Thema: „Deutschland im Europa freier Völker - Maastricht ist keine Lösung für die Zukunft" stehen. Alle interessierten ***Nation & Europa***-Leser können eine Einladung mit Anmeldung anfordern: GFP, Sekretariat, Postfach 12 16, 72644 Oberboihingen.

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #14 ist der
20. Februar '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Belgien

Prozeß um Kollaborateurin

JW 28.12.95 - Anfang Dezember '95 wurde ein Gerichtsverfahren über die Besatzungszeit der Hitlertruppen ab 1940 in Belgien vom Brüssler Militärgerichtshof neu aufgenommen. In diesem Verfahren geht es um den Fall der Bäuerin **Irma Laplasse**, die kurz nach Kriegsende, am 30. Mai '45 wegen Hochverrats hingerichtet worden war. Dieser Hochverrat hatte sich für das damalige Militärgericht folgendermaßen abgespielt: Am 8. Sebtember '44 nahmen Kämpfer der begischen Widerstandsorganisation ***Armée Secrète*** eine Gruppe von Wehrmachtssoldaten gefangen und sperrten sie in der Schule des flandrischen Küstenortes Oostduinkerke ein. Der Sohn der Familie Laplasse, der wie seine Eltern als Nazi-Kollaborateur bekannt war, befand sich auch unter den Gefangenen. Seine damals 41 Jahre alte Mutter, Irma Laplasse, ging daraufhin zu einem deutschen Bunker, um dort das Versteck der Partisanen bekanntzugeben. Bei der anschließenden Befreiungsaktion wurden sieben Widerstandskämpfer erschossen. In den letzten Jahren wurde immer wieder versucht, die Exekution der Hochverräterin als Justizirrtum darzustellen, obwohl die Laplasse selbst in einem, während der Untersuchungshaft im Internierungslager von ihr verfaßten, Tagebuch ihren Verrat gestanden hatte. Es konnte jedoch nicht verborgen werden, daß hinter den Bemühungen verschiedener Reporter und Historiker, Organisationen der flandrischen Rechten stehen, die seit jeher bemüht ist, den Ruch der Preisgabe der Nation durch Zusammenarbeit mit dem Feind abzuwehren. In den Neuverhandlungen geht es nach Teilen der belgischen Presse um die Rehabilitierung Irma Laplasses, um die ihre Familie kämpft. Anscheinend geht es aber hier um die Bewertung von Kollabortion und Widerstand und somit um die Grundlagen Nachkriegsgeschichtsschreibung.

Dänemark

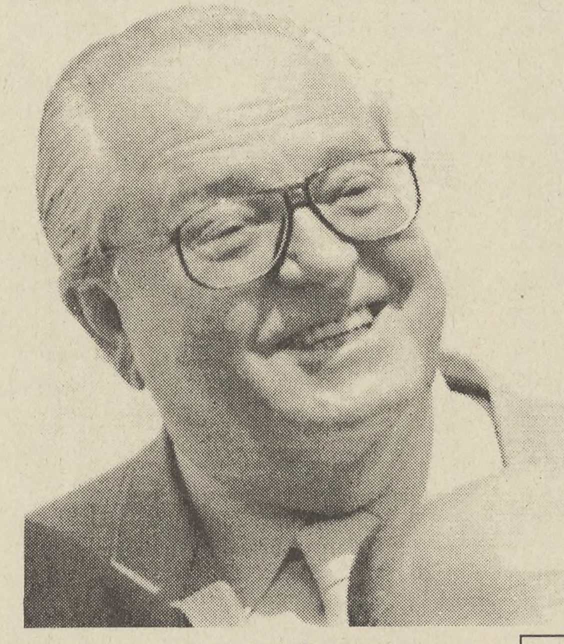
ai stützt Christophersen

EV #95 - Die dänische Werbeagentur ***Saatchi & Saatchi*** hat kürzlich eine neue Werbekampagne zur „Wahrung der Meinungsfreiheit" insziniert. Das ist zunächst nicht schlecht, doch von den Plakaten und Anzeigen schaut der ehemalige KZ-Aufseher und Auschwitz-Leugner **Thies Christophersen** hinunter. Die Kampagne „Schützt die Meinungsfreiheit", die sich auf den Artikel 19 der UN-Menschenrechtskonvention stützt, wurde ***amnesty internaional (ai)*** mit einer Prämie versehen. Der Artikel 19 besagt, daß *„Jeder das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsfreiheit hat".* ai prämierte das Motiv mit Christophersen mit dem Preis der „besten Anzeige im Kampf um die Meinungsfreiheit". Der dänische ai-Sprecher sagte zu der Wahl: *„[...], daß man auch verabscheuungswürdige Menschen in aller Offenheit bekämpfen muß, was nur geht, wenn sie frei geäußert werden dürfen."* Die Frage von uns an ai: wie kann ein Menschenrechtsverein, der gegen Folter, Unterdrückung, Vergewaltigung, Mord und Vertreibung kämpft, einen Preis an eine Werbeagentur vergeben, die ihr Geld damit verdient, daß sie mit einem Menschen wirbt, der genau diese Werte und den Nationalsozialismus verkörpert?

Frankreich

Neue Strategie der FN

JW 3.1.96 - Die rechtsextreme ***Front National (FN)*** mit ihrem Führer **Jean-Marie Le Pen** steht den Arbeiterstreiks vom Dezember '95 geteilt gegenüber. Etwa die Hälfte der faschistischen Gefolgschaft äußerten Sympathie für die Streiks, während die andere Hälfte den Streiks skeptisch ins Auge blickt. Im linken Lager der SozialistInnen sind über 80% für die Streiks und bei den KommunistInnen solidarisieren sich über 90% mit den Streikenden. Doch auch die FN war während der Streiks propagandistisch aktiv. Sie hat eine neue Strategie entwickelt, die daraus besteht, daß die traditionellen Gewerkschaften durch Gründung parteiunabhäniger Berufsorganisationen untergraben werden sollen. Den Anfang machte im Dezember '95 die Kandidatur einer Liste ***Front National de la Police (FNP)*** bei den Berufsvertretungswahlen der Polizei. Gemeinsam mit einer zweiten rechtsextremen Liste, der ***FPIP***, errang die extreme Reche bei der Polizei 13,2% der Stimmen. Bei den berüchtigten Pariser Eingreiftruppen der Polizei, die gezielt gegen Demonstrationen eingesetzt werden, erhielten die Rechtsextremen 48% der Stimmen. Damit hält der Rechtstrend auch bei der französischen Polizei weiter an. Dies rief Proteste hervor, weil erstmals eine Liste von einer politischen Partei und nicht von einer gewerkschaftlichen Kraft kandidierten. Le Pen verkündete im November '95, daß es bei einem Erfolg der FNP demnächst auch eine *„Front National der Metallarbeiter, der Bauern, der Fischer und der Bankangestellten"* geben könnte. Hauptziel der FN sind aber weiterhin das Kleinbürgertum und der Mittelstand. **Yves Dupot** ist innerhalb der FN mit der Schaffung berufsständischer Vereinigungen beauftragt und ist bestrebt, eine „Koordination der Geschäftsleute und Handwerker" zu bilden, um die bisherigen bürgerlichen Vereinignen zu umgehen. Zudem gibt es einen ***Zirkel modernes Unternehmen und Freiheit***, der 1984 von der FN gegründet wurde und zwischenzeitlich eingeschlafen war. Sein Vorsitzender **Jean-Michel Dubios** möchte jetzt diesen Zirkel wiederbeleben und die Struktur in zwei Teile schneiden - einen für den öffentlichen Dienst und einen für den Privatsektor.



Jean-Marie Le Pen

Illegalen-Hilfe strafbar

JW 27.12.96 - Am 20. Dezember '95 verabschiedete das französische Parlament eín neues „Anti-Terror-Gesetz", das die Liste der Tatbestände im Strafgesetzbuch verlängert, die den Tatbestand „Akt des Terrorismus" erfüllen. Dazu gehört auch die *„Hilfe zur Einreise, zum Verkehr oder zum illegalen Aufenthalt eines Ausländers".* Zu einer ersten Generalprobe kam es bereits Ende letzten Jahres in Paris. Schon seit dem 13. November '95 standen 81 Personen vor dem Anti-Terrorismus-Richter **Le Vert**, unter ihnen 39 Bretonen und 20 französische Basken. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie baskische Flüchtlinge aus Spanien bei sich beherbergt hatten, die sich vor dem Terror der spanischen „Antiterroristischen Befreiungsgruppen" ***GAL*** - die ab 1984 auch Anschläge und Morde in Frankreich beging - verstecken wollten. Am 20. Dezember '95, also zeitgleich mit der Verabschiedung des „Anti-Terrorismus-Gesetzes", wurden in dieser Angelegenheit 71 Urteile gefällt; zwischen vier Monaten und zwei Jahren Haft auf Bewährung für die bretonischen und baskischen „Sympathisanten" und acht Jahre Haft für die baskischen „Aktivisten". Seit einiger Zeit

schaltet die Regierung systematisch die Gerichte ein, um mit dem Delikt vor allem Solidaritätsvereine und Initiativen zu treffen. So eröffnete in Nantes die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen eine Initiative, die rumänischen Asylsuchenden Wohnungsnachweise ausstellte, damit diese amtliche Post empfangen konnten; die Polizeipräfektur Paris ging ebenso gegen eine feministische Gruppe vor, die sich um eine Asylsuchende aus Zaire kümmerte. Generell sind Soli-Initiativen unter staatlichen Verfolgungsdruck geraten: In Orléans wurde der örtliche Chef der ***FASTI*** (Bund der Solidaritätsinitiativen für die eingewanderten Arbeiter) verhaftet und vor Gericht gestellt, weil er mit einem Flugblatt gegen Abschiebehaft die nationale Polizei beleidigt haben soll.

Griechenland

Flüchtlinge ertrunken

FR 12.1.96 - Vor der griechischen Ägäisinsel Kos sind Anfang Januar '96 drei Flüchtlinge, eine Frau und ihre zwei kleinen Kinder, ertrunken. Ein skupelloser Menschenschmuggler sah Gefahr für sich, als sein Boot von einer Marine-Patrouille entdeckt wurde und er entschloß sich, die 15 irakischen Menschen von Bord ins kalte Mittelmeer zu stoßen. Außer den drei Ertrunkenen konnten die anderen zum Glück ihr Leben retten.

Großbritannien

Gefolterten droht Abschiebung

Taz 5.1.96 - Der 49jährige **Muhammad al-Masaris** soll nach Saudi-Arabien abgeschoben werden. 1994 flüchtete er über Jemen nach Großbritannien und hatte sich dort um den Status eines politischen Flüchtlings bemüht. Al-Masaris ist Chef des ***Komitee zur Verteidigung der legitimen Rechte*** und setzte sich für eine Demokratisierung Saudi-Arabiens auf islamischer Basis ein. Er schickte tausende Protestfaxe mit seinem Appell zur Demokratisierung an Geschäftsleute, Ministerien und öffentliche Einrichtungen in seinem Heimatland. Die Regierung von Saudi-Arabien setzte in letzter Zeit die britische Regierung maßgeblich unter Druck, damit die Aktivitäten al-Masaris beendet werden. Britischen Geschäftsleuten wurde mit „Sanktionen" durch das saudische Königshaus gedroht. Bereits Anfang '95 versuchte Großbritannien al-Masaris loszuwerden. Das damalige Ziel (Jemen) scheiterte, weil das Immigrations-Berufungstribunal sein Leben in Jemen bedroht sah. Muhammad al-Masarias war in Saudi-Arabien eingeknastet und wurde gefoltert. Wegen seinen Aktivitäten im englischen Exil war seine Familie starken Staats-Repessionen ausgesetzt - viele Famili-

Kriegsverbrecher?

Taz 5.1.96 - Ein Londoner Gericht hat am 4. Januar '96 die gerichtliche Voruntersuchung gegen den ersten Briten, dem Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg zur Last gelegt werden, eröffnet. Dem jetzt 85 Jahre alten **Szymon Serafinowicz** wird vorgeworfen, als Chef einer deutschen Polizeieinheit 1941 und '42 in der Stadt Mir und in umliegenden weißrussischen Dörfern Juden exekutiert zu haben. In Großbritannien ist die gerichtliche Verfolgung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern durch ein im Jahr 1991 erlassenes Gesetz möglch geworden.

Lettland

Immunität für Siegerist?

NE #46, WGA - Der deutsche Rechtsextremist **Joachim Siegerist**, von der rechts-nationalistischen Partei „Für Lettland" ***Latvijai***, kann eventuell die diplomatische Immunität erhalten. Dies würde dazu führen, daß ein Gerichtsurteil gegen Siegerist vom Hamburger Landgericht nicht vollstreckt werden könnnte. Er war wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden; das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig.

Nationale wollen neue Regierung

JF 17.11.95 - **Maris Grinblats** (Vorsitzender der ***Vaterlands- und Freiheitspartei***) ist am 7. November '95 in Riga durch den lettischen Präsidenten **Ulmanis** zum neuen Ministerpräsidenten ernannt worden. Nach den Wahlen hatte sich die Partei im Oktober mit anderen rechtsgerichteten Formationen zusammengeschlossen. Man verfügt allerdings nur über 46 der 100 Mandate im Parlament von Riga, wo die National-Konservativen den zu einem Zwecksbündnis zusammengeschlossenen Kräften der lettischen Linken ***„Saimnieks/Hausherr, Einheitspartei***) und Rechten (**Joachim Siegerists** Volksbewegung „Für Lettland" ***Latvijai***) gegenüberstehen.

Österreich

Nachspiel für Haider

JW 8.1., SZ, Taz 10.1.96 - Die Reden des Rechtsextremisten **Jörg Haider** vor dem Publikum eines Treffen von ehemaligen Angehöriger der SS, Alt- und Neonazis sowie „einfachen Rechtsradikalen" am 30. September '95 in Krumpdorf bleibt doch nicht ohne Folgen. Es war eine Versammlung nach dem alljährlichen „Ullrichsbergtreffen", bei dem sich regelmäßig Menschen von Burschenschaften und konservative bis hin zu führenden NS-Kadern und Neonazis versammeln. Haider ist Vorsitzender der ***Freiheitlichen (F)*** und sagte auf der Veranstaltung: *„... daß wir uns für niemanden, der hierher kommt, zu entschuldigen haben"*. Ein Amateurvideo der Veranstaltung sendeten die Tagesthemen und der ORF im Dezember '95. Der ORF weigerte sich, im Gegensatz zu den Tagesthemen, das Viedo vor den Nationalratswahlen im Dezember '95 zu senden. Bei einem TV-Interview nach dem Treffen sagte er noch: *„Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht und es kommt ihr alle Ehre und Anerkennung zu, die sie im öffentlichen Leben hat"*. Diese Sprüche von Haider veranlaßten **Hubert Gorbach**, Landesvorsitzender der Freiheitlichen im Voralberg, dazu, sich von seinem Führer zu distanzieren. Ob nun aus Überzeugung oder einfach nur aus taktischen beziehungsweise aus strategischen Gründen bleibt unklar. Denn gleichzeitig stellten sich sämtliche weiteren Landesvorsitzenden der Freiheitlichen sowie „die Partei" als solches geschlossen hinter Haider und seine Aussprache. Nach diesem Interview leitete die Staatsanwaltschaft Klagenfurt Ermittlungen gegen Haider wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ein. Ein Personenkomitee in Wien hat daneben wegen des Lob Haiders an die ehemaligen SS-Angehörigen Strafanzeige erstattet. Nach Angaben des Anwaltes des Komitees, **Georg Zanger**, strebt er ein Verwaltungsverfahren gegen Haider an, bei dem er sich nicht auf seine Immunität als Abgeordneter des Parlaments berufen kann. Die Freiheitlichen werden voraussichtlich auch nicht den dritten Parlamentspräsidentenposten einnehmen können. Die ***SPÖ*** und ***ÖVP*** verweigerten dem F-Kandiaten **Herbert Haupt** ihre Stimme, weil er sich nicht genug von den Äußerungen Haiders distanziere.

Nicht vergessen:

Redaktionsschluß der

Was geht ab?

für die Ausgabe #14 ist der

20. Februar '96

Freisprüche im Briefbomben-Prozeß!

BeZe, JW 23.12.95 - Der österreichische Briefbomben-Prozeß ging mit Freisprüchen zu Ende. Der Indizienprozeß mit 100 Zeugen an 30 Verhandlungstagen behandelte die erste Briefbombenserie im Dezember 1993. Zu allen insgesamt fünf Terroranschlägen bekannte sich die ***Bajuwarische Befreiungsarmee.*** Schon am ersten Prozeßtag am 11. September '95 fiel die Beweisnot deutlich auf, als der Staatsanwalt **Sepp Fasching** schon vor Bekanntgabe der wichtigsten Anklagepunkte heftige Kritik an den polizeilichen Ermittlungen übte. Weiterhin forderte er das Gericht und die Öffentlichkeit auf, Beweise zu beschaffen. Ganz ohne Strafe kammen **Peter Binder** und **Franz Radl** dennoch nicht

davon. Sie wurden wegen nationalsozialistischer Betätigung zu fünf beziehungsweise drei Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Diese beruht auf deren Mitgliedschaft in der Naziorganisation ***VAPO.*** **Gottfried Küssel**, Gründer der VAPO, der zur Zeit eine elfjährige Haftstrafe auf der gleichen Basis absitzt, war auch als Zeuge geladen, verweigerte jedoch die Aussage. Nach dem Prozeß übten verschiedene Personen aus dem öffentlichen Leben Kritik an der Vorgehensweise der Polizei. Der ehemalige Wiener Bürgermeister **Helmut Zilk**, selbst Briefbombenopfer, rügte „ungenügende Vorbereitung, Fehlerquellen bei den Ermittlungen und mangelnde Untersuchungsgrundlagen."

„Freiheitliche" Jugendpartei

JF 5.1.96 - Eine Wahlanalyse zu den im Dezember '95 stattgefundenen Nationalratswahlen hat gezeigt, daß die ***Freiheitlichen (F)*** vom Rechtsextremisten **Jörg Haider** eher eine Arbeiter- und Jugendpartei ist. Insgesammt erhielten sie 22,08%. Bei den jüngeren WählerInnen (19-29 Jahre) erreichen die F jedoch 30% und bei der Artbeiterschicht sogar 34% der Stimmen. Auch ein Ost-West-Gefälle ist erkennbar. Während in Ost-Östereich, zum Beispiel in Wien, dem Rechtsschwung von Haider einhalt geboten werden konnte, zeigte sich in West-Österreich, im Voralberg oder in Tirol, daß die Stimmenanteile der Rechtsextremisten leider nur sehr gering zurückging oder konstant blieben.

Haider verliert zwei Mandate

FR, SZ 27.12.95 - Die ***Freiheitlichen*** des österreichischen Rechtsextremen **Jörg Haider** verloren bei den Parlamentswahlen am 17. Dezember '95 zwei Mandate mehr als zuvor berechnet. Das ergab die Auszählung der etwa 300.000 Wahlkarten. Die ***Liberalen*** konnten ebenso wie die ***Grünen*** ein Mandat zulegen. Die ***Sozialdemokraten*** erhielten ein Mandat weniger, als berechnet wurde. Sie bleiben jedoch stärkste Kraft im 138 Sitze umfassenden Bundesparlament.

Neue Obfrau bei Landsmannschaft

JF 1.12.95 - In Wien übernahm **Gertraud Schuller** die Nachfolge von **Helmut Kowarik** als Obfrau der ***Österreichischen Landsmannschaft.*** Die weitgereiste und in Volksgruppenarbeit erfahrene neue Obfrau steht somit an der Spitze des „traditionsreichen" ***Kulturverbandes Österreichs.***

NZZ in Wien

JF 1.12.95 - Nach dem kürzlichen Tod **Dr. Kroners**, des Wien-Korrespondenten der ***Neuen Züricher Zeitung,*** stellt man sich die Frage, wer diese wichtige Position übernehmen wird. unter anderem bewarb sich der gegenwärtig in der Nachrichtenredaktion des ***ORF*** tätige **Christian Wehrschütz** für diesen Posten. Er war journalistisch in der rechtsextremistischen Grazer Zeitung ***Aula*** aktiv und war zwei Jahre in der Führung des ***Freiheitlichen***-Zentralorgans ***Neue Freie Zeitung*** sowie kurzfristig als Gastautor in der Redaktion der Züricher.

Alt-Rechtsintellektuelle

JF 17.11.95 - Der Präsentator, Ex- und Mehrfachgeneralintendant des ORF, **Gerd Bachner**, bezeichnete im Presseclub ***Concordia*** sein Zusammentreffen mit dem rechtsradikalen Autor **Otto Schulmeister** („Ernstfall Österreich") und dessen Verleger **Fritz Molden** als rein zufälliges Veteranentreffen. Weiterhin lobte er Schulmeister als streckenweise einzigen Rechtsintellektuellen. Derselbe Bachner bezeichnete in einem Interview mit der Zeitschrift „Profil" den Begriff „Antifaschismus" als Wortschöpfung, die in der Sowjetunion erfunden worden sei und deshalb lieber nicht mehr gebraucht werden solle. Das Wort gäbe heute nur noch „Blödheiten von sich".

Spanien

„Vorwärts Internationale Brigade"

Libération 9.12.95 - *„Vorwärts Internationale Brigade - Hoch die Fahne der Solidarität!"* oder *„Halt Stand Rotes Madrid".* Unter dieser Losung wurde in den Jahren 1936 -1939 für die ***Internationalen Brigaden*** nach Spanien aufgerufen. Etwa 40.000 bis 45.000 Männer wie Frauen kämpften damals an der Seite der republikanischen Truppen gegen die Armee des faschistischen Generals **Francisco Franco**. Spanien war in den 30er Jahren Verbündeter von Nazi-Deutschland und es herrschte bis Mitte der 70er Jahre ein faschstisches Regime unter Franco. Am 28. Oktober 1938 erklärte **Juan Negrin**, der letzte Präsident der republikanischen Regierung Spaniens, daß wenn der Bürgerkrieg beendet ist, die vielen kämpfenden Internationalen als Anerkennung die spanische Staatsangehörigkeit bekommen sollen. Heute, 56 Jahre nach Ende des spanischen Bürgerkrieges, werden die Menschen die damals gekämpft hatten, geehrt. In den Genuß der spanischen Staatsangehörigkeit wird jedoch nur ein Teil dieser KämpferInnen kommen. Denn weltweit leben nur noch etwa 300 der „Freiwilligen für die Freiheit". Alle anderen fielen im Krieg gegen die Franco-Soldaten, nachfolgend im Zweiten Weltkrieg oder teilweise auch in Konzentrationslagern in Deutschland. Selbst nach 1945 hatte es die überlebenden SpanienkämpferInnen nicht immer leicht. In der Schweiz kamen sie ins Gefängnis, weil es dort per Gesetz verboten ist, einer „ausländischen" Armee anzugehören. In west-imperialistischen Ländern, wie den USA sowie Kanada, sahen sich die internationalen Brigadisten einem extremen Antikommunismus gegenüber. **Maria Dolores Cabra** vom ***Zusammenschluß der Freunde der Internationalen Brigaden*** erklärte, die Verleihung der spanischen Staatsbürgerschaft sei *„nicht nur ein symbolischer Akt"*, sonfdern auch wichtig, *„um der Jugend von heute einen positiven Bezugspunkt in der Geschichte zu bieten - im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus".* Im November '96 sollen und wollen sich die Überlebenden AntifaschistInnen zum 60. Jahrestages der Verteidigung von Madrid in der spanischen Hauptstadt versammeln.

Türkei

Sieg für Fundamentalisten

UZ 12.1.96 - Bei den Parlamentswahlen am 24. Dezember '95 ging zwar die islamfundamentalistische Wohlfahrtspartei ***Refah Partisi (RP)*** mit 21,3% als Gewinner hervor. Auf einem Treffen waren die Parteivorsitzenden der Mitte-Rechts-Partei des Rechten Weges ***DYP*** von Ex-Ministerpräsidentin **Tansu Çiller** (19,2%), der nationalliberalen Mitte-Rechts-Partei ***ANAP*** (Mutterlandspartei) von **Mesut Yilmaz** (19,6%) und die Demokratische Links-Partei ***DSP*** von **Bülent Ecevit** (14,6%) vertreten und handelten über die zukünftige Koalition. Klar ist bislang wenig, nur, daß niemand mit der RP und ihrem Vorsitzenden **Necmettin Erbakan** koalieren wird. Als vierte Kraft wird auch die sozialdemokratische Republikanische Volkspartei ***CHP*** im Parlament sitzen. Die kurdische ***HADEP*** konnte leider die neueingeführte und undemokratische 10%-Klausel nicht überspringen, obwohl sie in Kurdistan mit 30% stärkste Kraft wurde. Auch die faschistische „Nationale Aktionspartei" ***Milliyetci Hareket Partisi (MHP)*** konnte zum Glück nicht genug Stimmen erreichen. Die MHP, auch bekannt unter ***Graue Wölfe***, mit ihrem Führer **Alpaslan Türkes** konnten jedoch in 30 der 83 Wahlkreisen über 10 bis 20% der Stimmen für sich verbuchen. In einigen Gegenden errangen die Faschisten und die Wohlfahrtspartei zusammen bis zu 50%. Doch nicht nur die MHP ist faschistisch. Nach dem Ende der Militärdikatatur 1983, als Wahlen wieder zugelassen wurden, organisierten sich die Faschisten in der ANAP. Somit waren auch nach der offenen faschistischen Diktatur noch zahlreiche Ex-Funktionäre an der Regierung.

Gefangenenrevolte

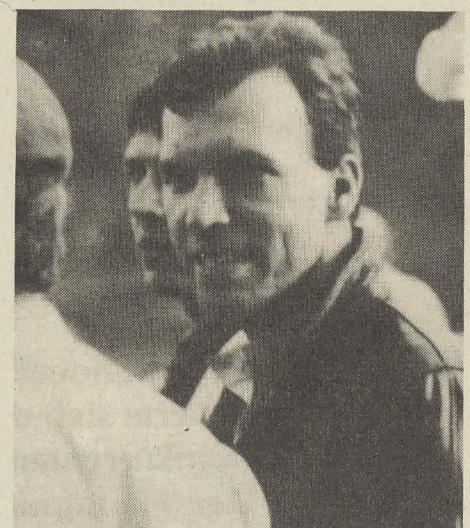
BM, Tsp 7.1.96 - Als die Wärter die Zellen durchsuchten, begann am Donnerstag, den 4. Januar '96, eine Revolte von Häftlingen des Bayrampasa-Gefängnis. Am folgenden Sonnabend hatten die Gefangenen noch mindestens 29 Gefängnisbedienstete in ihrer Gewalt. In Izmir wurden zwei Mitglieder der Gefängnisverwaltung und 15 Wärter festgehalten. Bei den Gefange-

nen handelte es sich um Mitglieder der linksgerichteten ***Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKP-C)***. Bei der Niederschlagung eines Aufstandes starben mindestens drei Häftlinge und insgesamt 68 Insassen und Polizisten wurden verletzt. Nach der Niederschlagung gingen am Sonnabend abend rund 200 linksgerichtete Demonstranten in Istambul auf die Straße. Nach Berichten der Polizei errichteten sie Barrikaden und setzten einen Bus in Brand. Es wurden 20 Personen vorläufig festgenommen. In zwei türkischen Haftanstalten wurden unterdessen die Revolten fortgesetzt. Die Verhandlungen blieben ohne Ergebnis. In Buca bei Izmir hielten die rund 340 Gefangenen noch am 7. Januar '96 18 Wärter als Geiseln gefangen.

Portrait

Steffen Hupka

Der 33jährige Neonazi-Kader **Steffen Hupka** (Jahrgang 1963) ist in der bundesdeutschen Nazi-Szene ein vielseitiger und wichtiger Mensch. Sich selbst sieht er als ein *„Vorreiter im nationalen Lager“* der sich mit seinen Kameraden *„noch nicht ... den bewaffneten Kampf, sondern die Entwicklung von Organisationsformen zur Vorbereitung einer Machtübernahme“* als Ziel gesetzt haben. Er wohnt derzeit in der Mauerstraße 15 in Quedlinburg . Bereits Anfang der 80er war Hupka führendes Mitglied einer rechtsextremen Wehrsportgruppe in Hannover. Sein Weg führte von der Jugendorganisation der ***NPD*** den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** 1982 über die ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten (ANS/NA)*** 1983 bis hin zur ***Nationalistischen Front (NF)***. Dazwischen wurde er Mitglied der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)***. In der ANS/NA hatte Hupka das Amt des Kassenwartes inne. Ende 1983 wurde die ANS/NA verboten und Hupka engagierte sich in den Nachfolgeorganisationen. Die ANS/NA war bis zu ihrem Verbot die stärkste und wichtigste Kraft der militanten Neonazis in der BRD. Sie spaltete sich einst von der NPD ab und aus ihr entstanden fast alle nachfolgenden NS-Gruppen in Deutschland. Steffen Hupka trat 1985 der NF bei und bekleidete das Amt des „Schulungsleiters Nord“. Seinen Wohnort wechselte er zu der Zeit von Hannover nach Detmold, wo sich das größte NF-Schulungszentrum, im Ortsteil Pivitsheide, befindet. Er war Beisitzer der obersten Parteiebene der NF, in der Organisationsleitung. So war er führendes Mitglied der NF, die damals die größte Organisation der militanten Nazi-Szene, die sich nach dem Kader-Prinzip organisierte. Die NF war bundesweit aktiv und für zahlreiche gewalttätige Übergriffe gegen AntifaschistInnen, AusländerInnen und Andersdenkende verantwortlich. Außerdem war er verantwortlicher Schriftleiter der NF-Schulungshefte ***Aufbruch***. Kurz vor dem Verbot der NF im November 1992 spaltete sich die ***Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)*** von der NF ab und umging so einfach das NF-Verbot. Diesem, nach dem Berliner Nazi **Andreas Pohl** benannten, „Pohl-Flügel“ schloß sich Hupka an. Pohl ist Führer der gleichnamigen Nazi-Gruppe ***P.O.H.L.*** Die Vor- und Umfeldorganisation der SrA war bis zu ihren Verbot das ***Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)***. Hupka war auf einer FMJ-Veranstaltung am 15. November 1992 in Mittenwalde als Gastredner anwesend und bereits seit August 1992 Beisitzer der SrA. Ende 1993 zog es Hupka nach Quedlinburg und gründete dort einen Ableger der SrA (siehe auch Artikel „Nazi-Terror in Quedlinburg“: Seite 17). Das im Ostharz gelegene Städtchen Quedlinburg errang bereits 1992 schreckliche Berühmtheit, als es zu Pogromen gegen AusländerInnen ähnlich wie in Hoyerswerda oder Rostock kam. In Quedlinburg und anderen Städten im Harz konnte Hupka auf das vorhandene Neonazi-Potential zurückgreifen. Im nahen Wernigerode gab es beispielsweise damals eine 60-70 Mitglieder zählende NS-Szene, die durch die ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*** beeinflußt war. War damals der Nazi-Kader **Thorsten Heise**



kommisarischer Landesvorsitzender der FAP Sachsen-Anhalt und Drahtzieher der Nazi-Aktionen in Wernigerode, so übernahm dann Steffen Hupka diese Funktion. Getreu der Zellenstruktur der SrA rief Hupka die ***Harzfront*** ins Leben. Sie besteht aus verschiedenen regionalen NS-Gruppen. Einige Beispiele dafür sind in Quedlinburg der ***Unabhäniger Arbeitskreis (UA)***, in Thale der ***Harzer Heimatschutz-Bund (HHB)*** oder in Blankenburg der ***Aufbruch***. Diese Gruppen bilden die Harzfront und werden von Hupka koordiniert und mehr oder weniger straff geführt. Die Harzfront und die einzelnen Gruppen arbeiten mit den anderen dort ansässigen faschistischen Parteien und Gruppen wie JN, NPD, ***DL*** oder ***Republikaner*** zusammen und sind gemeinsam der ***Deutsche Freundeskreis Nordharz (DFN)***. Dieser Freundeskreis gibt als Nachrichtenblatt den ***Informationsdienst Nordharz*** heraus, der über Aktionen, Aktivitäten und Vorhaben der Nazis berichtet. Dem UA in Quedlinburg gehören deben stadtbekannten Nazis wie **David Seidlitz**, **Ronny Dalchau**, **Lars Engelmann** oder **Christian Mohr** auch das ***FDP***-Mitglied **Wolfgang Symm** an. Auf Hupkas Initiative hin wurden des weiteren „Stammtische“ in Quedlinburg und Ileseburg mit Aktivisten von REP und NPD gegründet. Am 18. Dezember '92 fand im Quedlinburger Bistro ***Zum Augustiner*** ein Koordinationstreffen mit etwa 15 Faschisten unter der Leitung von Hupka statt. Es waren neben Hupka auch Christian Mohr und gewisse Menschen mit Namen **Teichmann** und **Kroschwitz** anwesend. In letzter Zeit kommt es häufig zu Übergriffen von Faschisten aus dem SrA-Netz gegen AntifaschistInnen und AusländerInnen. Als „Rädelsführer“ vieler Gewaltätigkeiten fiel Christian Mohr auf. Steffen Hupka ist gleichzeitg Schriftleiter der Theoriezeitung ***Umbruch***. Der Umbruch ist das Schulungsorgan der SrA und bundesweit das wichtigste Organ der autonomen Zellenstruktur der Faschisten. Die „Hefte für Ideologie und Strategie“ erscheinen etwa alle zwei Monate und haben wie der UA und die Harzfront ein Postfach in Quedlinburg. Hupka möchte mindestens zweimal im Jahr Lesertreffen zur *„gruppenübergreifenden Vernetzung“* schaffen, großes Vorbild sind hier die Leserkreise der ***Jungen Freiheit (JF)***. Die Schulungshefte vertreibt Hupka auch über das rechtxextreme Thule-Netz. Initiator dieses Netzes ist **Thomas Hetzer**. Das militante Neonazi-Zellensystem im Ostharz ist das bestorganisierteste im Bundesgebiet. Die Harzfront ist ein „gutes“ Beispiel dafür, wie sich zukünftig die Faschisten (nicht nur in Deutschland) organisieren wollen und teilweise bereits organisiert haben. Hupka samt Kollegen beschreiben dies folgendermaßen: *„Wir betrachten die Arbeit der Vorfeldorganisationen für abgeschlossen und halten die Kampfform der*

unzähligen Kameradschaften, Zellen und Strukturen vor Ort, in seiner Gesamtheit als für das System für unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolgs für absolut notwendig". Neben den Schwerpunkten Umbruch und Ostharz ist Steffen Hupka Vorsitzender des ***Komitee für Demokratie und Meinungsfreiheit***. Dieses Komitee versuchte am 5. August '95 in Nordhausen mit ca. 180 Nazis eine Demonstration *„gegen staatliche Willkür, für Recht und Freiheit"* abzuhalten. Stellvertreter von Hupka in diesem Komitee ist der bereits häufig erwähnte 20jährige Quedlinburger Nazi-Schläger Christian Mohr. Neuerdings ist Hupka auch an der Produktion des JN-Blattes ***Einheit und Kampf (EK)*** beteiligt. Er assistiert dem JN-Vorsitzenden **Holger Apfel**, der die EK herausbringt. Zudem ist Hupka im Impressum der ***Berlin-Brandenburg Zeitung (BBZ)*** zu finden. Die BBZ ist das Sprachrohr der ***Nationalen***, einer Nazi-Sammelpartei die in Berlin und Brandenburg aktiv ist. Produziert wird die BBZ von Aktivisten der Nationalen wie *Christian Wendt* (Jahrgang '72) oder **Frank Schwerdt** und einem ***Kommando F***. Dieses „Kommando" ist die selbsternannte *„Elite des nationalen Lagers"*, die Kader der SrA. Hupka schreibt Artikel für die BBZ und für andere faschistische Zeitungen und Zeitschriften, zum Beispiel für ***Sieg*** oder für ***Die Bauernschaft***, das Hetzblatt von Alt-Nazi Thies Christophersen. Doch auch der antifaschstische Widerstand gegen die Neonazis im Ostharz und ihren Führer Hupka vermehrt sich langsam. Es kam bereits zu mehreren Demonstrationen, die letzte im November '95 mit über 1.000 Menschen aus dem gesammten Bundesgebiet. Die letzte direkte Antifa-Aktion gegen Hupka fand am Abend des 24. Dezember '95 in Hannover statt. Einige aktive AntifaschistInnen fackelten das Auto des Nazi-Kaders ab. In dem Bekenner-Innenschreiben des ***Autonomes Festtagskomitees*** hieß es dazu: *„...getreu dem Motto: wenn du die Nazis nicht triffst, um sie zu schlagen, dann brenne wenigstens ihre Autos nieder...".*

Index der #13

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte

Rundreise mit Jonathan Mozzochi aus den USA im Februar und März 1996:

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Der Terroranschlag in Oklahoma City vom 19. April 1995 markiert ein neues Stadium der Entwicklung des Faschismus in den USA. Die rechtsradikale Gefahr droht nicht mehr von dem immer schwächer werdenden Ku-Klux-Klan (KKK), sondern von kleinen faschistischen Terrorzellen. Sie sind Teil der Bewegung der sogenannten "Christlichen Patrioten", die ihrerseits zu der breiten Bewegung der Bürgermilizen (Militias) gehören. Timothy McVeigh und Terry Nichols, die beiden Hauptverdächtigen von Oklahoma, kommen direkt aus diesen Milieu. Die Milizen haben das erreicht, womit der KKK gescheitert ist: Eine Massenbewegung zu schaffen. Der Anschlag von Oklahoma war der vorläufige Höhepunkt einer Welle von faschistischen Morden und Mordversuchen. Diese Gewalt richtet sich gegen UmweltschützerInnen, AfroamerikanerInnen, Schwule und Lesben und gegen Abtreibungs-ÄrztInnen. Die radikale Rechte hat der ganzen demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt.

Die Rundreise des US-Antifaschisten *Jonathan Mozzochi* organisiert *Searchlight* zusammen mit den deutschen Antifa-Zeitungen *Antifa Infoblatt* (Berlin), *ATZE* (Kiel), *Der Rechte Rand* (Hannover), *Antifaschistische NRW-Zeitung* (Wuppertal) und *Rabaz* (Nürnberg). Mozzochi von der *Coalition for Human Dignity* aus Portland (Oregon) wird bis Anfang März '96 in der Bundesrepublik unterwegs sein. Portland liegt im äußersten Westen der USA - der Region, in der die US-Faschisten und Christlichen Patrioten ihre "weiße Republik" errichten wollen.

Die Veranstaltungen mit Jonathan Mozzochi bietet deutschen AntifaschistInnen die seltene Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Bedingungen und Aktionsformen der Antifa-Bewegung in den USA zu informieren. Er wird die Probleme des antifaschistischen Kampfes in den USA darstellen. Die dortige Antifa-Bewegung ist, im Gegensatz zur europäischen, mit schwer bewaffneten, extremistischen Lobbies der Waffenbesitzer konfrontiert, mit einem rassistischen, antisemitischen Christlichen Fundamentalismus, der mit der Bibel um sich schlägt sowie einer rechtsradikalen Massenbewegung

Das Attentat von Oklahoma City

169 Tote und über 500 Verletzte - das ist die grausige Bilanz des Bombenattentats von Oklahoma City am 19. April 1995. In dem völlig zerstörten Bürogebäude waren verschiedene Bundesbehörden (Polizei und Sozialverwaltung) sowie ein Kindergarten untergebracht. Die genauen Hintergründe des Terror-Anschlags sind noch immer ungeklärt. Bereits zwei Stunden nach der Explosion wurde Timothy McVeigh festgenommen, wenige Tage später auch sein Freund Terry Nichols. Beide sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Die beiden stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Bürgermiliz ***Michigan Militia***. Weitere Verdächtige mußten mangels Beweisen wieder freigelassen werden. Das Hauptverfahren gegen McVeigh und Nichols soll im Mai dieses Jahres beginnen. Die US-Bundesanwaltschaft will die Todesstrafe beantragen.

Der Anschlag fand auf den Tag genau zwei Jahre nach der polizeilichen Erstürmung des Hauptquartiers einer Psychosekte in Waco (Texas) statt. Dabei kam es zu einem Großfeuer, bei dem 86 Mitglieder der ***Branch Davidian***-Sekte ums Leben kamen. Das rücksichtslose Vorgehen von FBI und anderen Polizeikräften gegen die schwerbewaffnete Sekte gilt in rechtsradikalen Kreisen seither als Fanal. Die 86 Toten gelten als Märtyrer, die nur ihr "Grundrecht auf Waffenbesitz" verteidigen wollten und deswegen vom FBI in einen "Holocaust" getrieben worden seien. Vor dem Oklahoma-Attentat hatte McVeigh verschiedentlich angekündigt, daß die Toten von Waco gerächt werden sollten.

Veranstaltungstermine auf der Rückseite!

Die Arbeit der »Coalition for Human Dignity«

Die ***Coalition for Human Dignity*** ("Koalition für die menschliche Würde") wurde 1988 gegründet. Der Auslöser war der Mord an dem äthiopischen Immigranten Muletega Seraw durch drei Nazi-Skins in Portland (Oregon). Heute hat die CHD Büros in Portland und in Seattle (Washington) und ist darüber hinaus in Montana und Idaho aktiv; diese vier Bundesstaaten liegen alle im Nordwesten der USA.
CHD beschäftigt sich mit drei Problemen:
1) Die Gewalt von "Haßgruppen", besonders von paramilitärischen Bürgermilizen und rechtsradikalen Skinheads;
2) schwulen- und lesbenfeindliche Organisationen und
3) der wachsende Einfluß der religiösen Rechten.
Die CHD organisiert Bündnis-Demonstrationen und direkte Aktionen gegen Rechtsradikale. Außerdem macht sie Recherche-Arbeit, um die Verbindungen zwischen den verschiedenen rechten Organisationen zu dokumentieren. Diese Herangehensweise ist wichtig, um die Trennung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, damit sie gemeinsam gegen Haß und Vorurteile kämpfen können.
Die CHD hat mitgeholfen, neue Organisationen und Bündnisse aufzubauen. So arbeiteten 1992 im "Oregon Democracy Project" großstädtische Linke, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen und andere zusammen mit AktivistInnen aus den ländlichen Regionen. Das Projekt war eine gemeinsame Kampagne gegen die "christliche" Rechte. Diese umfassende Herangehensweise ist jedoch eine Seltenheit in den USA. Meistens haben afroamerikanische BürgerrechtlerInnen, jüdische Organisationen, Schwule und Lesben, Gewerkschaften, städtische "Autonome" usw. so viele Vorbehalte und Berührungsängste gegeneinander, daß es nur selten zu einer antifaschistischen Zusammenarbeit kommt.
1994 veröffentliche die CHD eine umfassende Dokumentation über die radikale Rechte im US-Nordwesten. Zum Thema "rechtsradikale Bürgermilizen" erstellten sie im vergangenen Jahr eine Zeitung mit Massenauflage (100.000). Die CHD publiziert den vierteljährlichen ***Dignity Report***, der an 2.000 Adressen in der Region verschickt wird.
Rassismus, Antisemitismus, Ultra-Nationalismus und Fremdenhaß sind internationale Erscheinungen. Holocaust-Leugnung, die faschistische Skinhead-Bewegung und gewalttätigen Haß gibt es auch anderswo ebenso wie in den USA. Die USA spielen aber eine wichtige Rolle beim Export rechtsradikaler Ideologien und Ressourcen (zum Beispiel das Schmuggeln von Nazi-Material nach Deutschland).
Die Notwendigkeit für internationale antifaschistische Zusammenarbeit ist besonders groß im Nordwesten der USA, wo rechte Skinheads, Neonazis, "Christian Identity"-Leute und andere ständig über die US-kanadische Grenze hin- und herreisen. Amerikanische Menschenrechtsgruppen und antifaschistische Organisationen (wie CHD) und ähnliche Gruppen im Ausland können viel voneinander lernen.

Kontakt zur CHD und Bestelladresse der Dokumentation ("The Northwest Imperative"):

Coaliton for Human Dignity
P.O. Box 40344
Portland, OR 97240

The Turner Diaries

William Pierce, Chef der Nazi-Organisation ***National Alliance***, schrieb 1978 das Buch *»Turners Diaries«* (Turners Tagebuch). Der Roman schildert im Science-Fiction-Stil die Aktionen eines straff organisierten Netzwerks von Terrorzellen. Deren Mordanschläge gegen die "Feinde des Volkes" führen schließlich zu einem großen Rassenkrieg in den USA. Auch das Attentat von Oklahoma scheint aus den "Turner Diaries" kopiert zu sein. Von diesem Buch wurden bisher angeblich 200.000 Exemplare verkauft, vor allem über den Versandhandel. Auch in Europa kursiert der Naziroman. Hier einige Auszüge:

»Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt, der Schaden war riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI-Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen.
Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen (die gleiche Mischung wurde auch in Oklahoma verwendet, Anm. d.Ü.). *Währenddessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer - ein Neger - die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.*
Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind. Es gibt keinen Weg, mit dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist wie ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben. Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratische-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichlichkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen.«

The Turner Diaries / Seite 38-42

Veranstaltungstermine:

Nürnberg:	Samstag, 10. Februar	**Dresden**:	Donnerstag, 22. Februar
Stuttgart:	Montag, 12. Februar	**Leipzig**:	Freitag, 23. Februar
Reutlingen:	Dienstag, 13. Februar	**Braunschweig**:	Montag, 26. Februar
Wuppertal:	Donnerstag, 15. Februar	**Hamburg**:	Dienstag, 27. Februar
Bielefeld:	Freitag, 16. Februar	**Kiel**:	Mittwoch, 28. Februar
Oldenburg:	Montag, 19. Februar	**Potsdam**:	Freitag, 1. März
Bremen:	Dienstag, 20. Februar	**Luckenwalde**:	Sonntag, 3. März